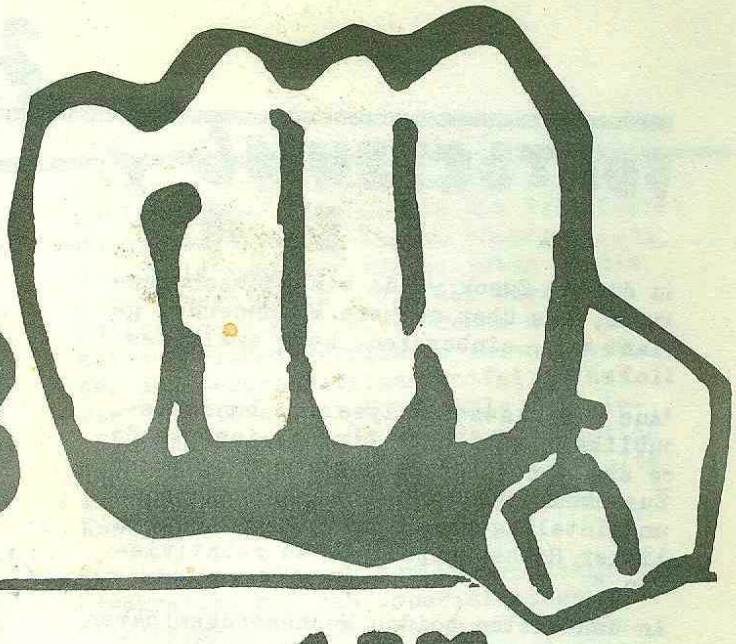
SDS info 28



4. FEBR. 1970 1 DM

HOCHSCHULSEMINAR IN HAMBURG

"Mit Perspektive in die siebziger Jahre - so könnte man die Versuche der Mehrheit der Basis- und Projektgruppen des Hamburger Ausbildungssektors werten, eine neue Phase sozialistischer Praxis mit der Analyse der Lage der Intelligenz innerhalb des bundesrepublikanischen Klassensystems einzuleiten. Im widerstreitenden Konzert der Hamburger Neuen Linken haben sich Dinge ereignet, die Resignierte aufhorchen und Pessimisten wieder ein wenig hoffen lassen." (Karl Heinz Roth, in "Zentralblatt für den Ausbildungssektor" - ZAS, Nr.12 vom 12.1.7o).

In Hamburg hat sich der SDS im Verlauf des letzten Jahres in eine größere Zahl fachspezifischer Basisgruppen an den Instituten oder Fakultäten aufgelöst. Diese Basisgruppen haben keine festen organisatorischen Strukturen. Neben im Wesentlichen fachspezifischer Arbeit wird seit einiger Zeit Kapitalschulung betrieben. Untereinander arbeiten die Basisgruppen über den AStA zusammen, der als sogenanntes Linkskartell firmiert (SDS-SHB-HSU), der aber faktisch von einigen SDS-Altgenossen majorisiert wird. Die ML ist bisher in Hamburg organisiert und mit öffentlich politischen Ansprüchen kaum in Erscheinung getreten. Dem AStA ist es gelungen, in der Hochschulpolitik den unmittelbaren Universitätsrahmen zu sprengen und mit den Vertretungen aller Hamburger Fach- und Ingenieurschulen sowie einer großen Zahl von Gymnasien zusammenzuarbeiten. Für den gesamten Ausbildungssektor wird eine Zeitung (ZAS), die von allen Vertretungen zusammen mit dem AStA gestaltet wird, herausgegeben.

Die universitären Basisgruppen sind den "Desintegrationserscheinungen" der Studentenrevolte, ihrem faktischen Ende ebenso hilflos ausgesetzt, wie die meisten Gruppen in der BRD. Es wird viel von der Notwendigkeit des Auffindens der"richtigen Strategie" geredet, weil man sich davon praktische Perspektiven für den weiteren Kampf verspricht.

FORTSETZUNG v. S. 1

Zu diesem Zweck wurde ein Hochschulseminar, das über mehrere Wochenenden geplant war, einberufen. Sein erklärtes Ziel:

Auspruch:

"Aus der Klassenanalyse der bundesrepublikanischen Intelligenz, insbesondere aus der Untersuchung der objektiven Zusammenhänge zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz den bisherigen Ansatz linker Hochschulpolitik zu relativieren."

An den ersten beiden Wochenendseminaren haben wir teilgenommen. Wir wollen versuchen, auf die Begründung für die Durchführung des Seminars, seine tatsächliche Gestalt und seine möglichen politischen Konsequenzen einzugehen. Diese Kritik wird von keinem endgültigen Standpunkt aus geführt; vor allem haben wir noch keine umfassende Antwort darauf, wie die winzigen organisierten Minderheiten eine revolutionäre Perspektive praktisch gewinnen können, die objektiv sinnvoll und subjektiv zu verwirklichen ist. Aber daß diese Schwierigkeiten im Hamburger Seminar gar nicht mehr sichtbar wurden, ist Anlaß genug zur Kritik.

"Als vor zwei Semestern eine aus HSU, SHB und SDS zusammengesetzte 'Linkskartell'-Gruppe den AStA der Hamburger Universität übernahm, war das regionale Hamburger Machtkartell gerade zur Gegenoffensive gegen die 'antiautoritäre' Studentenrebellion übergegangen. Jedoch war es schwierig, die ersten Ansätze zur in ihrer Funktion altbewährten 'Reform von oben' in ihrer Tragweite auszumachen, weil der Polizeiterror überwog und durch seine Intensität kaum Spielraum für konzeptionelle Überlegungen ließ, die über den Tagesbedarf hinausgingen. Angesichts der Polizeistaatspraktiken gegen alle Ansätze eines 'aktiven Streiks' gab es wichtigeres, als sich die im geplanten Hochschulgesetz ohnedies nur vage andeutenden neuen Akzente

INHALT

BV:	Hochschulseminar in Hamburg	1
A. Diemer:	Zur Geschichte des SDS	9
K.H. Breuer:	Zum Ökonomismus der Mallet'schen "Neuen Arbeiterklasse"	14
Bonn:	Das Hochschulprogramm der DKP	19
Über die Entwicklung der "Cahiers de Mai"		24
Der Bergarbeiterstreik in Nordschweden.		
I.	Der Ablauf des Streiks	26
II. Holger Heide:	Zum Streik	28
III. S.Jonsson:	Hintergrundmaterial zum Streik	32

SDS-INFO wird herausgegeben vom Bundesvorstand des SDS, 6 Frankfurt, Wilhelm-Hauff-Str. 5, Telefon 74 o1 o9. SDS-INFO kostet im Einzelbezug DM 1o.- für ein Vierteljahr, DM 18.- für ein halbes Jahr bei vierzehntägigem Erscheinen. Der Preis beträgt im Massenversand und Direktverkauf weiterhin DM 1.-

kapitalistisch-staatlicher Wissenschafts- und BildungspOlitik nach ihren objektiven Bewegungsgesetzen abzufragen. Infolgedessen verlor die Studentenrebellion vorüberehend ihre Perspektive: statt ihre zweijährige, vorwiegend gegen überholte inneruniversitäre Herrschaftsstrukturen gerichtete Praxis kritisch kauszuwerten und ihren Stellenwert mit der allmählich transparent werdenden neuen Qualität der Kapitalisierung von Wissenschaft und Bildung zu konfrontieren, fielen die Kerne der Studentenrebellion Desintegrationsprozessen anheim, die teilweise bis heute andauern. Die entscheidende Ursache dieser Desintegrationserscheinungen, das offenkundige Versagen von 'antiautoritärer' Theorie und Praxis beim Übergang in eine neue historische Phase der Hochschulpolitik, ist ihnen inzwischen durchaus bewußt. Aber es fehlt bis heute an Kristallisationspunkten für eine Auseinandersetzung, die den Restgruppen der antiautoritären Rebellion die aktuelle hochschulpolitische Situation transparent macht und damit die Voraussetzung für eine sozialistisch orientierte Praxis liefert."
(Aus der Begründung des AStA-Kollektivs für das Hochschulseminar).

Die Revolte der antiautoritären Studenten wird hier reduziert auf den Kampf, der von den Studenten an den Hochschulen geführt worden ist. Dabei werden die Inhalte, die diesen Kampf überhaupt erst ermöglicht haben, garnicht mehr berücksichtigt.
Die antiautoritäre Revolte hat sich an der Solidarisierung mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk, als politische Identifizierung mit dem Vietcong in seinem Kampf gegen den Imperialismus der Metropolen vollzogen. Solidarisierung, das bedeutete lange Zeit den Widerstand in den Metropolen zu organisieren, um so die Feinde der unterentwickelt gehaltenen Völker zu schwächen. Die Politisierung der Studenten in diesen Kämpfen war keinesfalls spezifisch univerisitär beschränkt, sie war Ausdruck der politischen Bereitschaft - wenn auch abstrakt - individuelle Emanzipation in politisch organisierten Kämpfen zu realisieren. Der Kampf gegen den Springer-Konzern als einem Instrument der Herrschenden, die Massen von ihren Klasseninteressen abzulenken; der Kampf gegen die Notstandsgesetze als der Kampf gegen die legalistische Sanktionierung des Einsatzes militärischer Apparate zur Zerschlagung der Kämpfe, die das Proletariat um seine Befreiung sicher kämpfen wird; die Entlarvung der bürgerlichen Justiz als Klassenjustiz - all das waren die politischen Inhalte, an denen sich die antiautoritäre Revolte in ihren AktiOnen und Demonstrationen entfaltet hat. Die Politik an der Hochschule war niemals der Hauptinhalt, sondern lediglich der Ort, an dem die Politik der Revolte in je spzeifischen Arbeitsbereichen konkretisiert wurde.

Die Identifizierung der Universitätsbürokratien mit den imperialistischen Staatsapparaten; die genauere Untersuchung der Rolle der Wissenschaft in den Konterrevolutionen der unterentwickelt gehaltenen Länder; die Versuche, "dem Kapital die Produktivkraft Wissenschaft zu entreißen", um Wissenschaft selbstorganisierend zu verwirklichen - das waren die Schritte, in denen sich in der Hochschule die antiautoritäre Revolte artikuliert hat.

Es ist historisch überflüssig und falsch, zu bejammern, daß die Studentenbewegung es versäumt hätte - weil mit der Polizei im Clinch - die staatliche Bildungspolitik zu analysieren und die dahinter verborgenen Kapitalinteressen bloßzulegen. Ebensowenig sind die Desintegrationserscheinungen auf das Scheitern antiautoritärer Theorie und Praxis zurückzuführen. Diese antiautoritäre Praxis und Theorie ist unter der Führung einer Avantgarde, die im SDS organisiert war, zur materiellen Gewalt geworden. Die praktischen Kämpfe selbst haben bei denjenigen, die sie getragen haben, irreversible Selbsterkenntnisprozesse hervorgebracht. Diejenigen Studenten, die am Beginn der antiautoritären Revolte Avantgarde waren, weil sie am konsequentesten ihre Ansprüche als allgemeine Menschen gegen die bürokratischen Apparate artikuliert hatten, sind heute diejenigen, die die Frage nach ihrer politischen Funktion im Konflikt von Lohnarbeit und Kapital als praktisch zu lösende Aufgabe stellen. Es sind diejenigen Studenten, die begriffen und subjektiv als Bereitschaft zu langfristiger, revolutionärer Arbeit realisiert haben, daß die Technokratisierung der Universitäten und des gesamten Ausbildungssektors als die Dequalifizierung jeglichen produktiven menschlichen Bedürfnisses nur an der

Kampf gegen Springerkonzern
Notstandsgesetze
Entlarvung der bürgerl. Justiz

Seite des sich selbst befreienden Proletariats bekämpft werden kann.

Eine neue Phase der Hochschulpolitik, die den Rahmen syndikalistischer Interessenvertretung sprengen will, kann es nicht geben, wenn es nicht gelingt, den revolutionären Kampf in die Gesellschaft selbst zu tragen.

Niemand sollte daraus die Konsequenz ziehen, daß damit unmittelbar jede politische Arbeit an der Hochschule überflüssig würde. Nur muß die Frage gestellt werden, wie fachspezifische, intellektuelle revolutionäre Qualifikationen gegen die bürgerliche Wissenschaft durchgesetzt werden und zugleich die Kooperation mit dem Proletariat vorangetrieben wird.

"Wie führende Arbeitervertreter versichern, haben sich die keimhaften Solidarisierungs- und Kollektivierungsprozesse des westdeutschen Proletariats, das mehr als 2o Jahre nur Klasse 'an sich' gewesen ist, weiter fortgesetzt. Sozialistische Hochschulpolitik vorbereiten heißt nicht länger, Sandkastenperspektiven für eine relativ unwichtige Randsphäre des bundesrepublikanischen Klassenstaates zu produzieren.

Währenddessen sind die Prozesse, die mit dem Begriff 'technokratische Hochschulreform' mehr verschleiert als umrissen werden, voll in Gang gekommen. Der Polizeiterror kwurde vorübergehend eingeschränkt, um den Versuch der kapitalistischen 'Integration' der Studentenopposition nicht zu stören. Das Hochschulgesetz befindet sich inzwischen in der Phase der Realisierung. Das Janusgesicht universitärer Befriedung durch Schein-Partizipation an Entscheidungsprozessen, die Umstellung der Hochschule auf die Bedürfnisse der wachstumsintensiven Industrien, bleibt noch verborgen. Es existiert aber schon in den Planungsunterlagen der staatlichen Hochschulbürokratie, die darauf aus ist, die Mehrheit der bisherigen universitären Forschung und Ausbildung zugunsten einer 'technischen Fakultät' zu reduzieren.

Gelingt es in den nächsten Monaten nicht, all diesen Erscheinungen eine langfristige Gegenstrategie entgegenzusetzen, werden die zweieinhalb Jahre Hochschulrevolte umsonst gewesen sein. Dann fehlt genau der Schritt, der nötig ist, um die Auseinandersetzungen und Konflikte in einem wesentlichen Komplex des Ausbildungssektors im Rahmen der zunächst regionalen Rekonstruktion des proletarischen Klassenkampfs neu zu definieren." (AStA-Kollektiv, a.a.O.)

Ganz abgesehen davon, daß diese "führenden Arbeitervertreter" eine richtige und objektive Tendenz der Geschichte artikulieren, bleibt doch unklar, wieso gerade jetzt und wie eine "sozialistische Hochschulpolitik" dazu beitragen soll, die Solidarisierungs- und Kollektivierungsprozesse der Arbeiterklasse zur Klasse "für sich" voranzutreiben?

Die Grunderfahrung der Politik an den Hochschulen in der antiautoritären Revolte war es, daß alle Politik, in deren Mittelpunkt die Mobilisierung und der Kampf gegen die Technokratisierung der Universitäten durch das Kapital stand, die Dimension der Vertretung kleinbürgerlicher Aufstiegsinteressen nicht verlassen hat.

Diese syndikalistische Begrenzung der Politik an den Hochschulen ist nur an den Punkten durchbrochen worden und hat dann bewußtseinsverändernd bei den Akteuren gewirkt, wo der Zusammenhang dieser Politik an der Hochschule mit dem Kampf gegen den Imperialismus und den kapitalistischen Staatsapparat ganz eindeutig war. Allein diese Erfahrung lehrt, daß es im Grunde heute darauf ankommt, den politischen Standort antikapitalistischen Kampfes unabhängig von der Universität neu zu bestimmen. Die Hochschulgesetze stehen vor der Verabschiedung. Sie werden verabschiedet werden, ganz gleich, ob die Studenten noch meherere Male streiken oder nicht! Die Frage, inwieweit die Herrschenden damit tatsächlich eine Befriedung der Universitäten erreichen werden, hängt nicht so sehr ab von dem Kampf gegen die Verabschiedung dieser Gesetze. Diese Befriedung kann den Herrschenden nur gelingen, wenn sie mit Hilfe gewisser Sozialdemokraten und Studentenfunktionären aus der antiautoritären Revolte eine einfache Hochschulrevolte machen können. antiautoritäre Revolte → Hochschulrevolte

Die Funktion sozialistischer Hochschulpolitik für den revolutionären Kampf des Proletariats als der Politik an einem Nebenwiderspruch, der sich ten-

denziell verschärft, kann genauer nur bestimmt werden, wenn es der Avantgarde, die aus der antiautoritären Revolte hervorgegangen ist, gelingt, sich selbst - abstrahierend von den jeweiligen Ebenen der Konkretisierung revolutionärer Politik - als politische Kraft zu konstituieren, die ihre primäre Aufgabe - auch lebensgeschichtlich - in der Unterstützung der antikapitalistischen Revolution des Proletariats sieht. Der Einwand, daß das sehr abstrakt sei, und mit einem solchen Entschluß wenig anzufangen sei, ist nur begrenzt richtig.

Theoretische Arbeit als Verarbeitung praktischer Erfahrung, das genaue Bestimmen der nächsten Schritte, die beständige Reflexion auf die subjektive Situation der Gruppen, die miteiandner arbeiten, das sind die Fragen, an denen sich die politische Arbeit jetzt konkretisiert.

Theoriebildung als systematische politische Arbeit wird nur möglich wkrden, wenn diejenigen, die sie vorantreiben, keine Marxologen, Schreibtischrevoluzzer oder Hochschulpolitiker bleiben, sondern kontinuierlich ihre praktischen Erfahrungen in den Betrieben, an den Hochschulen und im Sozialisationsbereich mit ihren theoretischen Bemühungen konfrontieren und dabei lernen, über praktisch-politische Probleme zu diskutieren.

In dieser Situation werden zwei Formen von Seminaren sinnvoll:

1. Schulungsseminare zu genau bestimmten Themen, auf denen über theoretische Probleme, zu denen längere Zeit gearbeitet worden ist, diskutiert wird, und die keine unmittelbaren politischen Auswirkungen zu haben brauchen.

2. Politische Seminare, auf denen Kritik und Selbstkritik möglich wird, die die genaue Bestimmung der nächsten politischen Aufgaben vornehmen, praktische politische Prinzipien erarbeiten und die politische Situation genau einschätzen etc.

Beide Seminarformen können dazu beitragen, die Diskussion der Beteiligten Gruppen zu vereinheitlichen; die Zentrierung bestimmter Gruppen vorbereiten und zur arbeitsteiligen Organisation bestimmter Projekte führen.

Auf keinen Fall aber werden solche Seminare so zu organisieren sein, daß an ihrem Ende "ein verbindlicher Konzeptionsbeschluß steht, der die einzelnen Schritte der weiteren Entfaltung und Realisierung sozialistischer Politik konkret ausweist!"

Erhebt man solche Ansprüche, ahmt man den organisatorischen Kraftakt, den die ML allenthalben unternimmt, um die Revolutionäre Organisation an sich zu werden, als theoretischen Klimmzug nach. Das panikartige "jetzt eine Strategie, für die Hochschule oder zweieinhalb Jahre antiautoritäre Revolte waren vergebens" offenbart die Unfähigkeit, konkrete Erfahrungen der Revolte der Studenten zu verarbeiten, zeigt die Fixierung an die Massenmobilisierungen der vergangenen politischen Phase und die Unfähigkeit, die Minderheitensituation, in der sich die Bewegung heute faktisch befindet, zu realisieren.

Praktisch wirkt sich das in der Hamburger politischen Arbeit so aus, daß die subjektive politische Situation der Gruppen, ihre politischen Ansprüche gar nicht befragt werden und so eine Unterscheidung zwischen potentiellen Revolutionären Kerngruppen und bloß spontan Mobilisierten unmöglich wird.

Ein Seminar wie das in Hamburg muß an den Aufgaben, die sich heute für die potentiellen Revolutionäre stellen, vorbeireden und einem Großteil der in den Kämpfen der antiautoritären Revolte politisierten Genossen den Rückzug ins Studium ermöglichen und den Schritt zum berufspraktischen Feierabendsozialismus erleichtern.

Zusammenfassend wäre festzustellen: solange die Hamburger Genossen nicht beginnen, die praktischen Aufgaben, die über die Hochschulpolitik hinausgehen, in Angriff zu nehmen, werden theoretische Seminare theoretische Seminare bleiben und an der politischen Provinz Hamburg wird sich nichts verändern.

"Die Vorschläge zur Organisationsfrage sind nur angedeutet worden, um klarzumachen, daß die Einführung langfristiger organisatorischer Verbindlichkeit Erkenntnisprozesse voraussetzt, die geeignet sind, die Klassenlage der Studenten differenziert aufzuschlüsseln und exakt in den aktuellen Entwicklungsstand des Grundwiderspruchs zwischen Lohnarbeit und Kapital in der BRD einzuordnen. Erst

dann kann an die Frage der Organisation für die sozialistische zweite Phase der Hochschulpolitik herangegangen werden.

Die Themenvorschläge zum Seminar sollen helfen, diese Voraussetzungen zu schaffen. Ihre Erarbeitung wird zeigen, ob der Übergang zur Hochschulpolitik in syndikalistischen oder in solchen Formen zu vollziehen ist, die die historische Totalität des proletarischen Klassenkampfs für den Hochschulbereich schon vorwegnehmen und darauf abzielen, gewisse Fraktionen der vom Kapital inzwischen mit wachsender Bescheleunigung als freie Lohnarbeiter verwerteten 'Intelligenz' in eine revolutionäre Organisation des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters einzubringen, wie sie sich aus den in den nächsten Jahren zu erwartenden proletarischen Klassenkämpfen entwickeln wird." (AStA-Kollektiv, a.a.O.)

An diesem Zitat wird die Konsequenz des auf die Hochschulpolitik reduzierten politischen Ansatzes offenbar.
Verfährt man wie die Seminarstrategen in Hamburg, behandelt man die Studenten als Masse "wie eine politische Kraft", die, sich selbständig organisierend, an ihrem eigenen Widerspruch arbeitend, der zu erwartenden proletarischen Organisation des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zuwächst und sich ihr schließlich einordnet. Mit dem Trick, Teile der Intelligenz, die heute immer offener als freie Lohnarbeiter ausgebeutet werden, zu Teilen des Proletariats werden zu lassen, wird deren Kampf an der Hochschule zu einem Kampf, der schon selbst Teil des tatsächlichen Klassenkampfes ist. Selbst wenn man davon ausgeht, daß eine immer größere Zahl von Ingenieuren etc. als technische Intelligenz objektiv zum Proletariat zu zählen sind, ist damit über eine mögliche neue his torische Funktion technischer Intelligenz im Klassenkampf noch nichts ausgesagt. Vor allem wird der Sozialisationscharakter, den die Hierarchisierung der Ausbildung verstärkt, in seiner bewußtseinsbildenden Funktion völlig vernachlässigt. Der Charakter dieser Sozialisation muß beschrieben werden als die systematische Umwandlung von potentiellem Produzentenbewußtsein in Angestelltenbewußtsein. Die Gesellschaft honoriert diesen Verzicht auf „produktive menschliche Bedürfnisse" durch die hierarchisch gestaffelte Beteiligung am Prozeß der Unterdrückung des Proletariats. Sicherlich hat die technische Intelligenz beispielsweise im französischen Mai eine wichtige Rolle gespielt. Entscheidend aber war im Mai die spontan sich artikulierende Bereitschaft der Arbeiterklasse, für sich selbst zu kämpfen. Wir haben zu fragen, was wir heute tun müssen, um das Proletariat in seinen Klassenkämpfen unterstützen zu können. Dazu müssen wir analysieren, woran es liegt, daß die Arbeiter bisher kaum politisch und revolutionär gekämpft haben. Um diese Fragen zu beantworten, muß es die Intelligenz lernen, mit dem Proletariat zu kooperieren. Es wird sicher notwendig werden, zeitweise in den Betrieben zu arbeiten. Zugleich aber muß die revolutionäre Intelligenz unter dieksen Schwerpunkten wissenschaftlich arbeiten.

Das Hamburger Seminar hat zur Lösung dieser Fragen überhaupt nichts beigetragen. Es hat in seiner Begründung ebenso wie in seiner Durchführung diese Aufgaben eher verschleiert. Es ist nicht verwunderlich, daß schon am zweiten Seminar-Wochenende nur noch weniger als die Hälfte derjenigen, die am ersten Seminar beteiligt waren, teilgenommen haben. Umsomehr verwundert es, daß die Organisatoren des Seminars tapfer genug sind, auch das nächste, sonnige Februarwochenende auf einem solchen Seminar zu verbringen.

Kritik am inhaltlichen Seminar-Vorschlag

Allgemein liegt die Schwäche des Vorschlages in seiner falschen Geschlossenheit. Statt eine theoretische Konzeption auf der Grundlage seines Referates darzulegen, hat der Genosse Roth eine politische Diskussionsoform vorgespiegelt, in der die "stufenweise vollzogene Konkretion abstrakter Grundkategorien" eine Ableitung der "Kriterien sozialistischer Hochschulpolitik aus ihren gesamtgesellschaftlichen Aspekten" erlauben soll: "Am Ende des Seminars steht ein vom Plenum zu verfassender verbindlicher Konzeptionsbeschluß, der die einzelnen Schritte der weiteren Entfaltung und Realisierung sozialistischer Hochschulpolitik auszuweisen hat."

Dieser Kurzschluß zwischen betont theoretischen Problemen einer aktuellen Kritik der politischen Ökonomie einerseits und nächsten Schritten der Bewegung an-

dererseits verhindert beides, theoretische Forschritte wie praktische. Denn in dieser Variante eines pseudo-materialistischen Rationalismus, in dem sich politische Vermittlungen als "Technik der Inhaltsvermittlung" wesentlich darstellen, fehlen gerade jene spezifisch geschichtlichen Zusammenhänge, die für das revolutionäre Verständnis der antiautoritären Aktionsgeschichte unerläßlich sind, nämlich vor allem die veränderte Weltlage mit ihren Bewußtseinsfolgen (z.B. unsere revolutionären Ansprüche!) als auch die Erfahrungen von Herrschaft, Gewalt und eigenem spontanem Verhalten in den großen Aktionen. Obwohl diese vorwiegend von Studenten getragen worden sind, ist es nicht nur halbrichtig, sondern falsch, von Hochschulpolitik und -revolte zu sprechen. Deren Tradition von der Hochschul-Denkrschrift über die Vietnam-, Notstands- und Springer-Kampagnen bis zu den Aktiven Streiks konstruieren zu wollen, ist schlechte Abstraktion und keine geschichtlich materialistische Aufhebung unserer vergangenen Borniertheiten.

Die einzelnen Punkte des Seminar-Vorschlags enthalten diese allgemeine Schwäche in besonderer Form, die von Roths theoretischem Versuch einer Weiterentwicklung der Marxschen Ökonomie-Kritik geprägt ist. Dieser Versuch mag noch besonders zu kritisieren sein, während hier eher die Voraussetzungen betrachtet werden sollen.

"3.1.1.: Wissenschaft und Technik im Spannungsfeld von 'Arbeit und Interaktion': Habermas und seine Schüler.

Gliederungsvorschlag:

1. Deduktion des Habermas'schen Revisionismus, Analyse der Fehlinterpretation der Marx'schen Werttheorie, Habermas als typischer Vertreter des sogenannten Links-Keynesianismus.

2. Analyse der politischen Auswirkungen: Grundlage der politisichen Theorie des SDS bis 1966 (Denkschrift: "Hochschule in der Demokratie", erste marxistische Kritik an Habermas erst im April 1969!)"

(ad 3.1.1.) Habermas wird einerseits erheblich überschätzt, was seine unmittelbar politischen Folgen angeht ("Grundlage der politischen Theorie des SDS bis 1966"); andererseits wird er mit überwiegend wertheoretischen Argumenten nur halb überwunden. Denn die strenge Bindung Habermas' an die scientistische Begriffswelt der fortgeschrittenen Sozialdisziplinen muß mit mehr theoretischer Phantasie kritisiert werden, als es die rechtschaffene Rückkehr zu Marx (wie sie dann auch im Seminar vorgeführt wurde) gestattet. So sehr schließlich die politische Stellung Habermas' unter aller Kritik ist, so sehr sind zumindest der Sprache und der Darstellungsform nach eine Menge Marxisten ebenso von jener scientistischen und und formalistischen Verarmung geschlagen wie Habermas auch; da macht der Genosse Roth keine Ausnahme.

"3.1.2.: Wissenschaft und Technik als von der materiellen Produktion abgetrennter Faktor: F. Janossy als Promotor der 'antiautoritären'Ideologie (R.Dutschke, J. Krahl u.a. 1966 bis 1968).

Gliederungsvorschlag:

1. Ableitung der 'Trendlinien'-Theorie Janossys und ihrer Geschichtslosigkeit. Untersuchung, inwieweit dadurch J.s Analyse der Rolle von Wissenschaft und Technik im Kapitalismus schon im Ansatz einseitig wird. Nachweis der Widersprüche, in dies sich Janossy verwickelt, nachdem er die der Steigerung der Arbeitsproduktivität dienende wissensschaftliche Arbeit aus dem kapitalistischen Produktionsprozeß künstlich ausgesondert hat.

2. Untersuchung der politischen Auswirkungen: die Theorie der Absonderung der wissenschaftlichen 'Entwicklungsarbeit' aus der materiellen Produktion leistet der Auffassung Vorschub, revolutionäre Praxis diene nicht mehr der Zuspitzung von Klassenkonflikten, sondern sei 'Aufstand' der 'radikalen, weil den ganzen Menschen betreffenden Dialektik des Sentiments und der Emotion' gegen die 'verstaatlichte autoritäre Gesellschaft' (Dutschke). Dabei ist die 'Dialek des Sentiments und der Emotion' begründet in der Postulierung einer 'soziologischen Zwischenlage der Subversiv-Studenten', deren Ableitung aus der Aussonderungstheorie Janossys nur konsequent erscheint. Hinzu kommt, daß die Eliminierung der Wirtschaftszyklen durch J.s 'Trendlinie' ein wichtiges Element der These war, der Garant dieser 'Trendlinie', der 'autoritäre Staat', habe den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit längst in sich aufgesogen.

Nachweis der weitgehenden Übereinstimmung zwischen Janossy und Habermas."

(ad 3.1.2.) In Verbindung mit Dutschkes und Janossys ökonomischer Theorie findet sich ein entscheidendes Mißverständnis. Roth konstruiert ein einfaches Ableitungs-Verhältnis von Theorie (hier Janossy) und Politik (der antiautoritären Bewegung), wie es ja gerade von der kdamaligen Kritik richtig in Frage gestellt worden war. Das berüchtigte Referat von Dutschke/Krahl auf der SDS-DK im September 67 hatte eben nur eine fiktive Einheit von Aktionsprogrammatik und ökonomistischer Begründung hergestellt. Janossys Buch erfüllte sozusagen bloß falsche theoretische Ansprüche. Von ihm unabhängig ist Dutschkes sinnvolle Erklärung der Aktionsbereitschaft aus einer "soziologischen Zwischenlage der Subversiv-Studenten", also lebensgeschichtlich zwischen Familienbindung und Berufsleben. Ebenso unabhängig ist die Bedeutung revolutionärer Subjkektivität in den Metropolen, wie sie in der Vorstellung Marcuses von der "radikalen, weil den ganzen Menschen betreffenden Dialektik des Sentiments und der Emotion" erscheint. Die notwendigen Illusionen, die dieser Vorstellung entstammen, dürfen heute nicht in jenen Rationalismus zurückgenommen werden, der nur noch die Kategorien von Klassenherrschaft und Kapitalverwertungsprozeß, nicht aber auch die wirkliche Geschichte und die lebendigen Befreiungskämpfe kennt. Schon garnicht läßt sich diese Frage durch den Nachweis marxistischer Abweichung bei Janossy bewältigen, nur weil auch er von Dutschke zitiert wurde, wals allerdings bedauerlich ist.

"3.1.4.: Die Theorie der progressiven Kapitalisierung von Wissenschaft und Technik.

Gliederungsvorschlag:

1. Wissenschaft als 'Gratisproduktivkraft' (Marx) im vormonopolistischen Kapitalismus, die nur spontan und anarchisch mit ihren Erkenntnissen in den Produktionsprozeß eingeht. Erst mit ihrer massenhaften und kontinuierlichen Einverleibung in die Mehrwertproduktion verliert die wissenschaftliche Arbeit ihren privilegierten Charakter; der Autarkievorstellung einer herrschaftsfreien Erkenntnis durch Wissenschaft wird der Boden entzogen, sobald der längst vollzogenen Entfremdung der manuellen Arbeit die Entfremdung der geistigen Arbeit auf dem Fuße folgt.

2. Die allmähtliche Einverleibung der 'Gratisproduktivkraft' in den Widerspruch zwischen Arbeits- und Verwertungsprozeß im Gefolge der Herausbildung des Monopolkapitals. Konzernforschung als erste Stufe der systematisierten und zugleich monopolistisch gehandhabten Einverleibung der wissenschaftlichen Arbeit in den monopolistischen Verwertungsprozeß. Umschlag von der Quantität in die Qualität: Herausbildung temporärer staatsmonopolistischer Wissenschaftsparzellen, konseukutive Einverleibung des gesamten Wissenschafts- und Bildungssystems in einen monopolistisch beherrschten 'Forschungs- und Ausbildungsverbund'. Rolle der Technologie als Instrument nach innen gerichteter Kapitalexpansion. Zur Frage der Erweiterung der Grundkategorien der Kritik der politischen Ökonomie. Grenzen der Kapitalisierungstheorie.

3.2.: Wissenschaft und Technik als Bestandteil der Widersprüche des bundesrepublikanischen Monopolkapitals

3.2.1. Wissenschaft und Bildung in der Phase der extensiven Kapitalexpansion (1950 bis 1955)

3.2.2. Umstellung auf kapitalintensive Akkumulation, Durchbruch zur 'Großforschung' und erste Konsequenzen für das Wissenschafts- und Bildungssystem (1955 und 56 bis Ende 1962)

3.2.3. Die wissenschafts- und bildungspolitische Restauration der extensiven Expansionsphase als unverhoffte Barriere (1963 bis 1966)

3.2.4. Die endgültige Kapitalisierung von Ausbildung und Wissenschaft (1966/67 bis 1969)

Aktuelle Konsequenzen: Strukturveränderung der Arbeiterklasse, Strukturveränderung der sogenannten Intelligenz."

(ad 3.1.4. und 3.2.) Diese Punkte markieren Roths eigenes Referat samt der auf es zugeschnittenen empiristischen Einzelstudien des Seminars. Die Theoretische Frage nach dem Sinn einer Weiterentwicklung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, also die Frage, wieso sie revolutionäre Theorie darstellt,

müßte als Kritik an Roths ausgeführtem Text aufgeworfen werden. Im Seminar-Vorschlag kommt seine Tendenz erst bei den politischen Folgerungen heraus:

"3.3.: Zur Einschätzung der Studentenrebellion der Jahre seit 1966/67. Hochschulrevolte als Ausdruck einer kleinbürgerlichen Defensivbewegung (Schmierer) ? Oder: Historisch bewußtlose Offensivbewegung gegen eine anachronistisch gewordene Fraktion der herrschenden Klasse, die erst seit Anfang 1969 gegen die endgültige Kapitalisierung von Ausbildung und Wissenschaft rebelliert?

3.4.: Konsequenzen aus 3.1. bis 3.3.: Grundprinzipien der zweiten, sozialistischen Phase der Hochschulpolitik.

Verantwortlich: K.H.Roth."

(ad 3.3. und 3.4.) Wiederum die ganze Entwicklung bloß als Studentenrebellion und Hochschulrevolte wie auch bei Schmierer! Nachdem die Bewegung scheinobjektiv auf ihre engere Funktion fürs Kapital ("historisch bewußtlose Offensivbewegung gegen eine anachronistisch gewordene Fraktion der herrschenden Klasse" im Prozeß der "endgültigen Kapitalisierung von Ausbildung und Wissenschaft") reduziert wird und alle praktischen Erfahrungen wie inhaltlichen Ansprüche verlorengehen, kann am Ende die "sozialistische Phase der Hochschulpolitik" eingeleitet werden: im Grunde bleibt alles beim alten, nämlich Hochschulpolitik.

Nachbemerkung: Dieser Seminar-Vorschlag hat sich allerdings nicht unmittelbar durchgesetzt, sondern ist mit verschiedenen Hamburger Kritiken einen Kompromiß in Form eines dreiteiligen Kompaktseminars Politökonomie-Klassenbewußtsein-Studentenbewegung eingegangen. Der Kompromiß verschärft allerdings die Probleme nur, die Roths Theorie-Verständnis kennzeichnen. Denn wie die Fragen von Bewußtsein und Bedürfnissen revolutionstheoretisch einzuschätzen sind, muß in die gesamte theoretische Darstellung eingehen, statt daß eine ihnen unverbundene scholastische Dreieinigkeit gebastetlt wird. Faktisch hat sich trotz der Dreier Konstruktuion nichts daran geändert, daß ein aufwendiges theoretisches Material als Legitimationswissenschaft für eine in der Praxis bequeme und pluralistische Hochschulpolitik verwandt wurde.

BV

ZUR GESCHICHTE DES SDS

Es gilt die Phase der antiautoritären Revolte " nicht zu bejammern, sondern zu erklären. " " Dazu sind historische materialistische Kriterien notwnedig. " Die anti-autoritäre Phase " an ihren Erscheinungsformen festzumachen heißt, sie nicht zu verstehen." (1) Die selben Axiome, die für eine dialektisch -materialistische Analyse postuliert werden (am Beispiel der Revisionismuskritik), sollten doch gut und billig sein für die Aufarbeitung der anti-autoritären Vergangenheit. Doch schauen wir denen, die solche Forderungen stellen, auf die Finger. Wir haben zu fragen: ist der Forderung an eine materialistische Analyse der anti-autoritären Phase , der Forderung, nicht an Erscheinungsformen fixiert zu bleiben, sondern das Wesen zu erfassen, von den Parvusianern selbst Genüge geleistet worden? Sind bei ihnen Ansätze zu bemerken, die die anti-autoriäre Phase " nicht einfach abbrechen, sondern auf eine neue, höhere Stufe heben, d.h. ihre positiven Elemente weiterentwickelt"(2), zu beme rken? Mitnichten ! Was uns vorgestellt wird, sind dahergeschwätzte Spruchweisheiten , in denen aber nicht der geringste Versuch zu erkennen ist, die anti-autoritäre Phase in ihrem Wesen zu begreifen, geschweige sie auf einer höheren Stufe organisatorisch pro-

duktiv werden zu lassen. Wo die anti-autoritäre Vergangenheit unserer Bewegung kritisiert wird, geschieht dies an einigen Erscheinungsformen, die teilweise schlecht sind, teilweise überhaupt nichts aussagen, teilweise einfach falsch sind. So richtet sich die " dialektische Negation der anti-autoritären Phase " (2) aus an rein formalistischen Kriterien . Was als Negation dann daherlabert , ist entsprechend genauso formalistisch wie die Kritik an der alten Handwerkelei, also die Negation einer Form von Handwerkelei , also eine neue Form von Handwerkelei.

Was wird an der anti-autoritären Phase bemängelt : Schlechter Arbeitsstil(2/4), Steine werfen, (3/5), es wurde kaum revolutionäre Theorie entwickelt (1) , bewußtlose Mobilisierung (2) , keine vernünftige Beziehung zwischen Einheit und Trennung der Organisation, diffuses Selbstverständnis von Haupt- und Nebenbereichen , Bindung an die engsten Formen der Praxis (Aktionen etc.), Momente starker Theoriefeindlichkeit(2), radikal -demokratisches Bewußtsein (1) , Verhaftetsein in kleinbürgerlichen moralischen Protest(3) . Als einziges positives Moment und gleichzeitige Begründung dafür, warum die anti-autoritäre Phase notwendig war, wird genannt: Sie machte die Gewalt des kapitalistischen Systems bewusst (3). Was an ihr auf eine neue Stufe zu heben sei und warum sie historisch, fürs Proletariat also, notwendig , warum sie eine wichtige Etappe auf dem Weg zum Sieg gegen das Monopolkapital war, wird verschwiegen. Fazit : Die ganze Ableitung der neuen Strategie beruht nicht auf materialistischer , sondern auf positiver Analyse.

Die anti-autoritäre Phase unserer Bewegung ist nur verständlich, wenn man sie begreift als die notwendige Folge der Strukturkrise des spät - kapitalistischen Ausbildungssektors, wenn man sie verstehen lernt als Produkt der von dem kapitalistischen Teilsystem akademischer Ausbildung selbst produzierten Widersprüche. Diese Widersprüche selbst waren es, die aus dem akademischen Bürgertum plötzlich wildgewordene Kleinbürger machte. Die Krise der Universität (und auch der Gymnasien) ist historisch und ökonomisch ableitbar aus der Situation der BRD in der Rekonstruktionsperiode des Spät - kapitalismus nach dem Ende des " Wirtschaftswunders " (S. Levère, Reichtum und Knappheit in (5)).

Bis zum Jahre 1961 war es in der BRD möglich, durch den relativen technologischen Rückstand gegenüber den Weltmächten USA und USSR und durch die ähnliche Qualifikationsstruktur der Arbeiter in den übrigen europäischen Staaten und vor allem durch den stetigen Zustrom an Facharbeitern aus dem Gebiet der DDR ihre verhältnismäßig gute Position auf dem Weltmarkt hinter den Großmächten zu erringen und durch die Austauschbarkeit qualifizierter (DDR-) Arbeitskräfte zu bewahren, ohne auf die traditionelle kapitalistische Profitstrategie verzichten zu müssen. Ein Höchstmaß an Profit - vor allem durch frühzeitige Marshalplan-Hilfe ermöglicht - stand ein Mindestmass an Eigeninvestition gegenüber.

Die Folge dieser blossen Rekonstruktion , die in einer Phase wirtschaftlichen Aufschwungs eben nicht mit langfristigen Bildungsinvestitionen großen Ausmasses die Arbeitskräftestruktur verbesserte, war zwangsläufig die Stagnation, die sich alsbald einstellte , nachdem auch der Zustrom qualifizierter Fachkräfte aus der DDR aufgehört hatte (und durch weniger qualifizierte Fremdarbeiter ersetzt werden mußten). Wollte die BRD ihren Platz auf dem Weltmarkt wiedergewinnen, mußte sie ihre eigene Konkurrenzfähigkeit erst wieder schaffen. Das bedeutete aber den Zwang, die immer größer werdende technologische Rückständigkeit aufzufangen und systematisch die Produktionskraft und damit die Produktivität zu erhöhen.

Das war der Zeitpunkt, da die Interessenverbände von nun an verstärkt ihre Ansprüche gegenüber den technischen Hochschulen anmeldeten. Sie bewiesen damit, daß sie zumindest die Bedeutung der "wissenschaftlichen Produktionsstätte" für ihre

eigenen Profite erkannt hatten. Sie verlangten eine kostensparende Ausbildungsverkürzung, forderten den Verzicht auf allzulange wissenschaftliche Spezialisierung, die für den späteren Verwendungszweck der Ausgebildeten gar nicht so wichtig erschien, da, wie DICHGANS, Bildungspolitiker derCDU und Vertreter der Wirtschaftsmafia im Gesprächskreis Wissenschaft - Wirtschaft, es einmal formulierte, die fachlichen Fähigkeiten doch nur in der Praxis erworben werden könnten. Sie verlangten gut ausgebildete, fungible Fachkräfte, "Halbfabrikate" von den Hochschulen.

Die zahlreichen von den Kultusbürokratien der Länder ausgebrüteten "Reform"-Pläne der Universitätsstruktur, zeigten fortan konsequenterweise alle folgenden Widerspruch: In ihren Präambeln liessen sie die HUMBOLDT'schen Bildungsideale hochleben, die da heißen Autonomie der Universitäten, Einh it von Forschung und Lehre, menschen - bildende Kraft der Wissenschaft und Demokratisierung der Hochschule Während der praktische Teil zynisch die Zwangsjacke der Studienreform paragraphierte, was sich zeigte an Symptomen wie Studienzeitverkürzung, Verschärfung des Lei - stungsdruckes (Prüfungen) Zwangsexmatrikulationsparagraphen, Verschärfung der Stipendienbedingungen bis hin zum Ordnungsrecht.

Die Studenten, die mit dem verbrieften Recht nach wissenschaftlicher Ausbildung ihre Forderungen an die emanzipatorische Funktion wissenschaftlichen Arbeitens anmeldeten, sahen sich alsbald den technokratischen Zwängen des Apparates gegenübergestellt. Dieser Widerspruch zwischen Individuum und Apparat sollte konstitutiv werden für die politische Arbeit der Linken. Er wurde zur Erklärungsschablone aller gesellschaftlichen Strukturen. In ihm sahen die revoltierenden Intelektuellen die Ursache der Entpolitisierung der Massen. An ihm entzündete sich der Protest an irrationaler Herrschaft. Dies ist die Ursache, warum der Protest rein anti-institutionell und anti-autoritär bleiben musste. Aber an dem Widerspruch zwischen Indi - viduum und Apparat entwickelten die Intelektuellen jenesSensibilität gegen Unterdrückung emanzipatorischer Bedürfnisse, die dann extravertierte in kämpferische Auseinandersetzung mit dem System .

Bezeichnend dabei ist, dass der Anti-institutionelle Kampf erst zu einer eruptiven Massenbewegung sehr wild geordener Kleinbürger auswuchs durch seine Identifizierung mit den unterdrückten Völkern der Dritten Welt. Der Befreiungskampf der Vietcong gegen den US-Imperialismus wurde homolog dem Kampf der Studenten gegen die autoritäre Verwaltetheit seitens irrationaler Herrschaftsinstanz des autoritären Staates und seiner Lakeien (Ordinarien etc.) gedeutet und fand in ihm seine historische Totalität, die sich darstellte als Widerspruch zwischen Unterdrückern und Unterdrückten. Die Volksbefreiungsbewegungen und die Guerilla-Strategien wurden zum Exempel stu - dentischer Kampfmodelle. Hier fand die Randgruppe akademischer und gymnasialer Intelligenz die Bestätigung dafür, dass auch eine Minderheit befähigt ist, den übermenschlich erscheinenden Gegner zu besiegen. Daraus entwickelte sich eine Strategie der direkten Aktionen innerhalb und ausserhalb der Institutionen.

Proklamiert wurde von Rudi Dutschke der " Lange Marsch durch die Institutionen ", der folgerichtig gemeint war als allgemeine Antwort auf Herrschaftsinstanzen. Da Herrschaft identisch gesetzt wurde mit beherrschtem Bewusstsein , war der anti-institutionelle Kampf identisch mit dem Kampf gegen das falsche Bewusstsein des verapparateten Menschen. Die Strategie der direkten Aktion war somit gleichzeitig Aufklärungsstrategie. Gelang es, das versteinerte Bewusstsein aufzubrechen, d.h., es gegen die Instanzen aufzubrechen, die es unter drückten, so bedeutete dies ein Herausbrechen aus der Verfügungsgewalt des nach technikratischen Rationalitätskriterien organisierten Appa - rates. Dadurch wurde sowohl erreicht, das Durchbrechen politischer Apathiesierung der Massen, als auch - da sich dieses Durchbrechen in anti-

institutioneller Aktionistischer Praxis materialisierte - verstreuen von Sand in das Getriebe der Institutionen, die dadurch funktionsunfähig gemacht werden sollten. Da der " radikale Widerspruch " (Rudi Dutschke in (5)) zwischen verwaltetem Menschen und unmenschlichem Apparat, die Verstaatlichung der ganzen Gesellschaft durch den autoritären Wohlfahrtsstaat " in der Tat keine Gruppe ausserhalb des repressiven Zusammenhanges " liess, konnte man annehmen, dass die anti-institutionelle Revolte - im Schneeballsystem - überschlagen würde in alle gesellschaftlichen Bereiche, das System systematisch unterhöhlen.

Doch der in weiten Schichten der Intelligenz ausbrechende Aufstand liess sich nicht als Klassenantagonismus erklären. Er war ein Aufstand der " radikalen ,weil den ganzen Menschen betreffenden Dialektik des Sentiments und der Emo - tion " gegen die " Verstaatlichte, autoritäre Gesellschaft " (5). Aus diesem theoretischen Selbstverständnis heraus war es kein Zufall, dass die Revolte gerade gegen SPRINGER und gegen die NS-Gesetze ihren Höhepunkt fanden.

Der Kampf gegen SPRINGER wurde von uns verstanden sowohl als (in der Tat radikal-demokratische und moralische) Protest gegen Manipulation und Informationsklischierung, als auch als Bedingung in kollektiver Aktion diese - von Instanzen wie SPRINGER und Co. gestifteten - Bewusstseinsstrukturen zu durchbrechen. Der Kampf gegen die NS-Gesetze war sowohl Protest gegen das Verkommen selbst formal-demokratischer Strukturen parlamentarischer Verwaltung im Spätkapitalismus und wurde von vielen Genossen - mehr oder weniger bewusst - geführt in der Hoffnung , die Ratifizierung des Grundgesetzes verhindern zu können(und insofern war dieser Protest radikaldemokratisch und moralisch), aber gleichzeitig wurde der Kampf ver - standen als kollektive Organisierung und Politisierung der Massen, die sich im kollektiven Handeln, im massenhaften Sngriff auf den Staatsapparat sich emanzipierten und Momente von Gegenmilieu aufbauten.

Diese Konzeption des Gegenmilieus wurde dann an die Basis der Universität getragen und sollte dort die versteinerten Verhältnisse zum tanzen bringen. Eines der Grundprinzipien der Gegenmilieukonzeption war die Öffentlichkeit. Die Mißachtung jeglicher taktischen Planung unserer Politik war gedacht als Alternative zum herrschenden Mauschelkartell; Wir meinten, als redliche Sozialisten brauchten wir kein Hehl aus unserer Meinung zu machen. Die Konstruktion dieses Öffentlichkeitsfetisches war klar. Wir glaubten uns in der Hochschule in der Offensive; der Forderung nach Selbstorganisation der Studenten und Transparenz aller Entscheidungsgremien (die auch in der verhängnisvollen Forderung nach Drittelparität mitspielte) glaubten wir als partielle Realisierung in unseren Organisations - formen antizipieren zu können. So entstand die Ideologie der befreiten Gebiete.

Als die zwei organisatorischen Grundprinzipien galten: Emanzipation und Öffentlichkeit. Strategie war für uns immer schon ein Moment antizipierter Befreiung. Die Ziele, um die wir kämpften, gleubten wir in den spontan herausgebildeten Organisations- und Aktionsformen realisieren zu können, was wir als kulturrevolutionäre Praxis begriffen. Selbstorganisation der Massen als wichtigstes strategisches Moment brachte eine unglaubliche Zersplitterung der Arbeit mit sich und gab der Bewegung insgesamt einen außerordentlich sprunghaften Charakter. Wir waren " Anbeter der Spontaneität "(Lenin), denn in ihr sahen wir eine Grundbedingung für emanzipatorische Prozesse. Andererseits ermöglichte diese Strategie eine immense Ausweitung der Bewegung. Doch das Fehlen klarer und organisatorisch vorbereiteter Schritte des Kampfes und die wildgewordenen Emanzipationsbedürfnisse der Genossen, wohl auch Frustration aufgrund der Einsicht, dass unsere Illusionen sich als papierene Phrasen entpuppten und unsere stürmischen Offensiven in klägliche Niederlagen ausliefen, vor allem schließlich die Einsicht, die technokratische Hochschulreform nicht verhindern zu

können, führte zu einer Verselbstständigung der Bewegung. Par force sollte der revolutionäre Prozess vorwärts getrieben werden. Radikalität wurde oberste und einzige revolutionäre Tugend; Nur daß dieseben eine putschistische Radikalität war- die totale Verselbstständigung und Verdinglichung der Gewalt. Das Problem der Machtfrage kam herunter auf ein Räuber- und Gendarmspiel mit der Staatsgewalt: Nur dass die Staatsgealt nicht spielte , sondern bitter ernst machte.

> " Folge unseres Mangels an Ausdauer und Konspiration ist es soweit gekommen , dass an manchen Orten die Arbeiter von Mißtrauen gegen die Intelektuellen erfasst werden; und sie meiden: Die Intelektuellen, sagen sie, verursachen durch Leichtfertigkeit Verhaftungen! "
> (Lenin in (6)) .

Die Machtfrage wurde kaum als strategisch - taktisches Problem gesehen, sondern verdrängt und verschoben auf eruptiv ausbrechende moralische Proteste, die urwüchsig ihre Emanzipatorischen Strohfeuerchen verflackerte. Ohne klare Erfolgskriterien definieren zu können oder zu wollen, blubberte die Bewegung vor sich hin. Zwar steckte hinter dem Aktionismus eine richtige Erkenntnis , nämlich die, dass " in der ganzen Welt ... d i e P o l i z e i o f t s e l b s t b e g i n n t , dem ökonomischen (sprich radikal-demokratischen) Kampf , politischen Charakter zu v e r l e i h e n , und die Arbeiter (Studenten) lerenen selbst begreifen, auf welcher Seite die Regierung steht " (6). Nur wenn die Staatsgewalt das einzige politisierende Moment der Bewegung bleibt, so wird die Polizei und die Staatsgewalt uns bald der Sorge der Politisierung enthoben haben und uns zerschlagen haben...

Anmerkungen

(1) Lauermann: Der als Götze angesehene Revisionismus, Info 4 (Hannover)

(2) Parvus-Kommune: Zur Diskussion der Schulung, Info 4 (Hannover)

(3) Parvus-Kommune: Gegen die Vietnam-Aktion am 2. Moratoriums-Tag, Info 4 (Hannover)

(4) Bericht der Schülerbasisgruppe auf der SDS-MV am 1.11.1969, Info 4 (Hannover)

(5) Bergmann, Dutschke, Lefèvre, Rabehl: Die Rebellion der Studenten, 1968

(6) Lenin: Was tun?

Alvons Diemer

aus: Info 6/69 (Hannover) - Auszug

O B E R B A U M - V E R L A G O B E R B A U M - V E R L A G

kommune 2

Versuch der Revolutionierung des bürgerlichen Individuums

DM 7.-

Bernd Rabehl in einer internen Diskussion im November 1966:

"Unser Ziel ist das Setzen der Kommune. Setzen der Kommune ist die Voraussetzung von Praxis. Anarchistische Praxis ist die Zerstörung von Theorie. Wir haben uns vorgenommen, keine Tendenzanalyse mehr zu machen. Das bedeutet, daß Praxis augenblicklich möglich ist. Die vergangenen anarchistischen Bewegungen sind daran gescheitert, daß die Zeit noch nicht erfüllt war. Historisch gibt es jetzt erstmals eine Möglichkeit für uns."

O B E R B A U M - V E R L A G O B E R B A U M - V E R L A G

ZUR NEUEN ARBEITERKLASSE

Die Analysen, die Serge Mallet in seinem Werk "La nouvelle classe ouvrière" vornimmt, fußen auf empirischen Untersuchungen, die er während der Jahre 58/59 in 3 Unternehmungen der hochtechnisierten, halb- und vollautomatisierten Industrien Frankreichs vorgenommen hat. Diese Unternehmungen sind: La Compagnie des Machines Bull (Elektronische Apparate, Datenverarbeitungsanlagen), La Thomson-Houston in Bakgneux (elektromechanische und elektronische Apparate, Radaranlagen) und La Caltex (vollautomatisierte Erdölraffinerie). Diese 3 Untersuchungen wurden zusammen mit dem theoretischen Aufsatz "Syndikalismus und Industriegesellschaft", der alle ihre wesentlichen theoretischen Bestimmungen enthält, 1963 unter obigem Titel publiziert. 1969 wurde eine neue Ausgabe herausgegeben, in der die Untersuchung über Machines Bull herausgenommen und die Einleitung durch eine neue, die die Mai-Revolte 1968 in Frankreich mit einbezieht, ersetzt worden ist. Die Zitate in dieser Kritik sind alle nach der Ausgabe von 1963 angegeben, mit Ausnahme derer, die der neuen Einleitung von 1969 entnommen sind.

Als die ‚beiden zentralen Schichten der "neuen Arbeiterklasse" im halb oder voll automatisierten Betrieb unterscheidet Mallet:

a) Innerhalb des Produktionsprozesses: das Bedienungs-, Instandhaltungs- und Überwachungspersonal, das als Qualffikation volle technische Kenntnis des integrierten Produktionssystems besitzt, sich durch rasche Auffassungsgabe, Eigeninitiative und Eigenverantwortung auszeichnet. Friedrich Pollock, der in seinem Werk "Automation" die veränderte Zusammensetzung der Lohnarbeiter ungleich präziser darstellt, unterscheidet Qualifikationen je nach der Phase der Automatisierung des Betriebs: bei nur partieller Automatisierung, wo die Selbstcontrolle der Maschinen - ihr feed-back - noch nicht durchgängig verwirklicht ist, stellen vor allem die Tätigkeiten der Überwachung und Kontrolle, des korrigierenden Eingreifens hohe Anforderungen, was Reaktionsvermögen, Entscheidungsgabe und Eigenverantwortung anbelangt. Bei fortschreitender Automatisierung erfahren diese Funktionen eine Qualifikationsminderung, aufgrund des feed-back erfüllt das Personal nurmehr leicht erlernbare Kontrollfunktionen, die weite Strecken völliger Untätigkeit einschließen. Diesem minder qualifizierten Bedienungspersonal steht eine quantiativ geringe, aber hoch qualifizierte Schicht, die den traditionellen Facharbeiter und Werkmeister verdrängt, gegenüber. Diese Schicht umfaßt drei Arbeiterkategorien: das Aufsichtspersonal, (das im Zuge weiterrer Automatisierung, die umfassende zentrale Kontrolle ermöglicht und damit das mittlere Management dezimiert, an Bedeutung verliert), das Instandhaltungs- und das qualifizierte Bedienungspersonal. Der Arbeitertyp dieser Schicht wird als semi-skilled engineer (i. U. zum diplomierten Ingenieur und zum naturwissenschaftlichen Forscher) bezeichnet. Er bildet nach Pollock den Unteroffizier des Betriebs, während Mallet aufgrund der weiter unten dargestellten Integration aller Betriebsangehörigen in den Betrieb den weitgehenden Verlust hierarchischer Abstufung zwischen dieser Ingenieurschicht und den minder qualifizierten Arbeitern und Technikern feststellt. Im Zusammenhang der Untersuchung bei dem Elektronik-Unternehmen Thomson-Houston bringt er ein Beispiel, wo sich die ingénieurs et cadres supérieurs mit den Forderungen der Arbeiter und Techniker solidarisieren.

b) Außerhalb des eigentlichen Produktionsprozesses: die nach Mallet zahlenmäßig wichtigere Schicht der in der Forschung, Entwicklung und Konstruktion von Maschinen Tätigen. Pollock charakterisiert sie genauer: in der Forschung/Ent-

w icklung arbeitet die zahlenmäßig geringe Schicht der höchstqualifizierten Wissenschaftler und Ingenieure am Entwerfen neuer Geräte. In der Verwaltung ergibt sich durch die Automation eine Polarisierung zwischen einer kleinen hierarchischen Spitze, gebildet von Programmierern, Mathematikern, Ingenieuren, die dem Management nahestehen. Positionen des mittleren Managements fallen weitgehend fort. Kontrolle und Informationsverbindung zu den unteren Angestellten wird von Computern übernommen. Diese untere Schicht besteht aus einer Masse von Angelernten, die mechanische Tätigkeiten ausfüllen: Stenotypistinnen, Locherinnen (die seit der Erfindung des automatischen Lochens und automatischen Diktierens stark dezimiert werden) und Personal für programmierte Geräte. Für diese untere Schicht gleicht sich die Büroarbeit weitgehend der Fabrikarbeit an: maschinell bestimmter Arbeitsrhythmus, Maschinenlärm, Monotonie der Arbeit, Isolation, Zerstörung der für die Verwaltung typischen Kommunikationsstrukturen. Nur diese Gruppe kann Mallet meinen, wenn er undifferenziert von einem Abbau des Überlegenheitsgefühls der white collars gegenüber den Arbeitern spricht.

Als zentralen objektiven technisch-ökonomischen Vorgang, der wesentlich die innerbetrieblichen Gruppenbeziehungen, vor allem zwischen Arbeitern, Technikern und Ingenieuren, und die Formen des Klassenkampfs bestimmt, analysiert Mallet die Integration der Belegschaft in den Produktionsprozeß; diese Integration vollzieht sich auf drei Ebenen:

1. Auf der Ebene der Lohnpolitik; wie Mandel in seinem Aufsatz "Lehren des Mai 1968" präziser als Mallet ausführt, haben die Beschleunigung der technischen Innovationen und die Reduzierung der Kosten und damit die Notwendigkeit, die Lohnkosten als kalkulierbaren, relativ konstanten Faktor in die wirtschaftlichen Überlegungen zu integrieren. Das schlägt sich in der Veränderung der Tarifpolitik nieder, wie sie in der "konzertierten Aktion" sich enthüllt. Subjektiv für die Arbeiter wirkt sich diese Integration aus in der positionsspezifischen, nicht mehr auf individueller Leistungsbemessung beruhender Lohnzuteilung, sowie in der zunehmenden Abhängigkeit der Lohnentwicklung von dem wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens.

2. Auf der Ebene der Arbeitsqualifikationen: dadurch, daß häufig Ausbildung und Anlernen von Arbeitskräften vom Unternehmen übernommen werden, und ganz spezifische Qualifikationen erforderlich sind, die nur im jeweiligen Betrieb benötigt werden, schränkt sich der zwischenbetriebliche Arbeitsplatzwechsel ein, das persönliche Leben des Arbeiters ist in zunehmendem Maße mit dem Werdegang des Unternehmens verbunden;

3. Auf der Ebene der Arbeitsplatzsicherheit: weitere Bindung des Arbeiters an den Betrieb durch garantierte Arbeitsplatzsicherheit, Aufstiegsmöglichkeiten, Ruhegehalt.

Aus diesen veränderten Bedingungen des Produktionsprozesses, die sowohl die produktive Tätigkeit der Lohnabhängigen als auch ihr soziales Verhältnis zum Unternehmen betreffen, erwachsen nach Ansicht Mallets unmittelbar Veränderungen der Organisation und der Inhalte des proletarischen Kampfes, die er mit dem Begriff "Syndikalismus der Unternehmung" (syndicalisme d'entreprise) umschreibt.

Mallet hat seine Konzeption des Verhältnisses von der Organisation des Produktionsprozesses und dem politischen Kampf des Proletariats, die auch bei der inhaltlichen Bestimmung seines syndicalisme d'entreprise zum Tragen kommt, zuvor bereits, zu Beginn seines Aufsatzes "Syndikalismus und industrielle Gesellschaft", allgemein ausgeführt; nach einer Betrachtung des Verhältnisses der vom Produktionsprozeß bestimmten Struktur der Arbeiterklasse und der Organisation der Arbeiterbewegung (1) schließt er "Auf diese Weise ist es möglich, in der Analyse die Organisationsmodelle der Arbeiterbewegung dieser oder jener Epoche loszulösen und Entsprechungen herzustellen zwischen ihnen und den ökonomisch-technischen Produktionskbeziehungen, die sie determinieren." (S.28). Diese deterministische Rückbeziehung der Organisation der Arbeiterbewegung auf den Produktionsprozeß drückt zweierlei aus, einmal, daß Mallet, der als Mitglied der PSU in der Tradition des französischen Anarcho-Syndikalismus steht, die organisationskonstitutive Rolle einer revolutionären Avantgarde ausschließt, zum anderen, daß er das Bewußtsein der Produzenten auf eine Spontaneität reduziert, die als bloßer Reflex der Struktur des Produktions-

prozesses zur Bildung der Organisation des proletarischen Kampfes führt. Die Organisation des Proletariats wird so zum naturwüchsigen Ausdruck objektiver Bedingungen des Produktionsprozesses. War etwa bei den Bolschewiki der politische Kampf von bewußter revolutionärer Praxis getragen, die Organisation des Proletariats also im Zusammenhang einer revolutionären Strategie bestimmt, so ergibt sich nach der Malletschen mechanistischen Konzeption das umgekehrte Verhältnis: die naturwüchsig entstandene Organisation impliziert bestimmte Inhalte des politischen Kampfes. Hier stellt sich Mallet die vom revolutionären Interesse her völlig überflüssige, nur von einem bürokratischen Standpunkt aus interessante Frage, ob denn die Organisation der Arbeiterbewegung der adäquate, für die gesamte Arbeiterklasse repräsentstive Ausdruck sei, und analysiert nach dem Schema von Basis/Überbau, daß die einer bestimmten Phase der kapitalistischen Entwicklung entsprechende Organisation in ihrer Struktur vorwiegend von den Kerngruppen der Arbeiterklasse bestimmt werde und durch ihren globalisierenden Repräsentationscharakter über die tatsächliche Komplexität und Heterogenität der Arbeiterklasse hinwegtäusche. Statt das revolutionäre Agens der Geschichte zu sein, unterliegt die schwerfällige Organisation der Arbeiterbewegung der naturwüchsigen Dialektik der im Zuge der Entwicklung der Produktivkärfte sich verändernden Struktur des Produktionsprozesses und der sich verändernden Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die zu einer neuen Organisationsform drängt und dann auch durchsetzt, den eingetretenen Widerspruch zwischen offizieller Ideologie und den faktischen Motivationen an der Basis wieder aufhebt. Statt die Verdinglichung der reformistischen bürokratisierten Gewerkschaftsorganisationen zu analysieren, unterliegt Mallet ihr selbst, indem er die Bürokratisierung zur objektiven Notwendigkeit hypostasiert. Tatsächlich begibt er sich nach der Erörterung des berufsständischen und Anarcho-Syndikalismus der französischen Arbeiterbewegung daran, die bürokratische Entfremdung der Gewerkschaften des "Syndikalismus der Industrie" aus dem Produktionsprozeß herzuleiten. Im eigentlichen Text vermag er das zwar nur durch Regression auf die Ebene flacher Deskription: Er stellt eine stärkere Anlehnung der Gewerkschaften an die Parteien fest, ermittelt statistisch die abnehmende Dauer von Streiks bei gleichzeitiger Ausdehnung von Tarifgesprächen. Zur bürokratischen Entfremdung heißt es schlicht: "Die Gewerkschaftsbünde und die Industriegewerkschaften praktizieren bei den staatlichen Gewalten in Permanenz eine Politik relativ passiver Anwesenheit, in dem prinzipiellen Versuch, auf gesetzlichem Wege Vorteile allgemeinen Charakters zu erhalten, die ihren Einfluß und ihre Repräsentationsfähigkeit bei den Massen verstärken." (S.42). Dann fügt er auch einige Kriterien an dem Charakter der Gewerkschaften als einer technokratischen pressure group an. Aber in der neueren Einleitung von 1969 findet sich der Hinweis: " In der Tat, die Bürokratisierung der Arbeiterbewegung in den westlichen Ländern war die Konsequenz, nicht die Ursache einer Struktur der Arbeiterklasse, die ihrerseits determiniert war durch die Art der technischen Organisation der kapitalistischen Produktion." (S.36). Durch die im Zuge der Mechanisierung der Industrie vollzogene Parzellisierung der Arbeit in Teilprozesse, d.h. die berufliche Entqualifizierung des Arbeiters habe dieser überhaupt aufgehört, sich als Produzent zu fühlen und sei daher realisierbaren Forderungen in der Konsumtionssphäre zugeneigt.

Ist auf diese Weise der Opportunismus und Revisionsismus der historischen Arbeiterbewegung apologetisch als objektive Unmöglichkeit von Klassenbewußtsein (2) und Klassenkampf getarnt, so soll heute umgekehrt seine konterrevolutionäre Auswirkung ihre Relevanz verlieren, weil nun, durch die veränderte Struktur des Produktionsprozesses auf der Stufe der Automation, die in den 3 Formen der Integration dargestellt ist, der Klassenkampf eine objektive Quasi-Notwendigkeit wird. Der syndicalisme d'entreprise, der sich laut Mallet abzeichnet, hat folgenden Inhalt: Durch die mit der "Integration" gegebene stärkere Bindung des Lebensschicksals der Lohnarbeiter an das jeweilige Unternehmen werden die alten überregionalen bürokratisierten Gewerkschaftsformen durchbrochen durch eine Fülle von Syndikaten, die jeweils unmittelbar an der Basis, auf Betriebsebene gebildet werden, selbsttätig von Lohnarbeitern und unteren Gewerkschaftsfunktionären getragen. Diese einzelnen Syn-

dikate sind intersyndikalistisch, d.h. nicht mehr an den nach Berufsgruppen vorgenommenen Unterteilungen der Gewerkschaften orientiert, und führen aufgrund der gemeinsamen Abhängigkeit vom Betrieb zu einem solidarischen Zusammengehen aller Lohnabhängigen quer zu ihrer Stratifikation. Folgerichtig bestimmt Mallet die "neue Arbeiterklasse" nicht nach beruflichen und Statusmerkmalen, etwa nur die höchstqualifizierten Lohnabhängigen, sondern nach dem technologischen Entwicklungsstand des Unternehmens der Industrie und bezieht den Begriff daher ebenso auf das minder qualifizierte Personal wie auf die hochqualifzierten Forscher und Ingenieure. Umgekehrt bilden die technologisch relativ zurückbleibenden Industriezweige den Ort der "alten Arbeiterklasse", für die die neue Qualität des proletarischen Kampfes, der syndicalisme d'entreprise, auch nicht gilt.

Wenn Mallet die Inhalte des proletarischen Kampfes ausschließlich auf die Spontaneität zurückführt, die ihrerseits determiniert ist von den objektiven Bedingungen des Produktionsprozesses, dann kann Klassenbewußtsein und Klassenkampf nur als durch objektive Bedingungen determinierte Entwicklung der Spontaneität entstehen, was dem organischen Wachstum der Spontaneität beim klassischen Ökonomismus gleichkommt. Nach Art der ökonomistischen Stadientheorie sollen die vor allem von den höher qualifizierten Produzenten, die im vollen Bewußtsein ihrer produktiven Funktionen stehen, gestellten Forderungen, die sich auf die Bedingungen der Entlohnung und der Arbeit beziehen, wegen der Integration eben dieser Bedingungen in den gesamtwirtschaftlichen Wedergang des Unternehmens zu einem wachsenden Interesse der Produzenten an der Betriebsführung führen, erst auf dkr Ebene der technischen Bedingungen der Produktion (Arbeitsgerät, Organisation der Arbeit), dann auf der Ebene der ökonomischen Prozesse (Investitionen, Marktorientierung usw.); dieses Interesse soll sich im weiteren Verlauf umsetzen in Forderungen nach Kontrolle immer weiterer Entscheidungsbereiche, die schließlich in die Forderung nach Selbstverwaltung der Produzenten einmünden. "Man sieht die Skizze einer neuen Form des proletarischen Kampfes sich abzeichnen, der dahin strebt, von Tag zu Tag die effektive Partizipation des Proletariats und seiner Organisationen an der Leitung des ökonomischen Apparates selbst auszudehnen, d.h. von innen her die Wiedersprüche aufzusprengen, die permanent von der jruistischen Struktur der Produktionskbeziehungen und ihres sozialen Charakters produziert werden." (S.175/76). Mallet ist sich zwar der Möglichkeit einer manipulativen Sozialpartnerschaft von Lohnarbeit und Kapital, der Integration der Forderung nach Selbstverwaltung in den bornierten betrieblichen Horizont bewußt, jedoch glaubt er sie dadurch gebannt, daß er eine gleichsam objektive Logik der Entwicklung des Bewußtseins, damit des Klassenkampfes zu einer totalen Negation des Systems annimmt, und zwar dadurch, daß durch die ~~Dur~~ Forderung nach Selbstverwaltung der Staat durch seine wirtschaftspolitischen Aktivitäten als Klasseninstrument des Kapitals sich entlarvt und dadurch die für eine sozialistische Revolution notwendige Politisierung, Überwindung des ökonomistischen Bewußtseins der neuen Arbeiterklasse provoziert:

"Die Entwicklung der modernen Gesellschaft integriert total die politischen und ökonomischen Prozesse"(7o).

"Diese Entwicklung (zum Klassenkampf) manifestiert sich die meiste Zeit durch die Wechselfälle des proletarischen Lebens hindurch - und das ist die Intervention des Staatsapparates im Dienst des Kapitals, die den Arbeitern das Problem dieses Apparats konkret vor Augen führt." (174).

"Es geschieht durch die Bewußtwerdung, daß die Probleme der Stellung der Arbeiter in das Funktionieren des globalen technisch-ökonomischen Mechanismus integriert sind, - und durch sie allein - daß der proletarische Kampf unter den Bedingungen der neuen, entwickeltsten Industrie die sozialistische Forderung entwickelt, die Forderung einer freien Assoziation der Produzenten. Und es geschieht ferner durch diese Bewußtwerdung, daß diese Forderung - zum ersten Mal in der Geschichte - als das logische Ergebnis der technisch-ökonomischen Entwicklung auftreten kann."(175).

Es bleibt völlig ungeklärt, wie aus einem noch ökonomistisch verkürzten Bewußtsein, das, mit Lenins Worten, nur die Bedingungen des Verkaufs der Waren Arbeitskraft verbessern will, ohne das System der Warenproduktion prinzipiell zu negierendas qualitativ unterschiedene Klassenbewußtsein hervorgehen soll, das sich von Erweiterungen sozialer und

konsumtiver Entschädigungen für die Perpetuierung der Entfremdung nicht mehr integrieren läßt. Hatte Mallet schon bei den vorangegangenen Analysen in seiner ökonomistischen Position eine differenzierte Erörterung des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf, von Partei und Gewerkschaft vermissen lassen und nur neutral-deskriptiv dargelegt, daß politischer Kampf immer als parlamentarische Beteiligung geführt worden war, ohne den darin liegenden konterrevolutionären Gehalt, die Bestätigung statt der Entlarvung des Scheins der Zirkulationssphäre, zu kritisieren, so bleibt er auch jetzt die Analyse schuldig, wie aus der Konfrontation mit dem Staat in der reduzierten Form, in kder er im ökonomischen Bereich auftritt, jenes Totalitätsbewußtsein erwachsen soll, das die gesamte bürgerliche Gesellschaft als Entfremdungszusammenhang, als Klassengesellschaft begreift. Mallet meint: "Es ist der globale Charakter der Ökonomie in unserer Epoche, der den besten Schutz des syndicalisme d'entreprise gegen die partikularistischen Tendenzen oder die enge körperschaftliche Beschränkung abgibt." (7o). Derartig unspezifisch allgemeine Aussagen, die die Politisierung der Massen immer den Verhältnissen überantworten, finden sich im Text gehäuft. Die ständige Widerholung dieser Behauptung erbringt statt der Analyse den Effekt der suggestiven Beteuerung.

Aber Malllet hat auch durch eine abstrakt-tehoretische Erörterung der Dialektik von Reform und Revolution, wenn auch mißlungen, seine ökonomistische Position zu untermauern versucht. In einem Exkurs in der Einleitung von 1963 über den Marxschen Totalitätsbegriff kommt eer zu dem Schluß:
"In einem Wort, es gibt keine Reformen, die nicht zu einer Revolution führan, weil jede partielle Modifikation eines strukturierten Ganzen die gwsamte soziale Struktur zur Veränderung verdammt. Es gibt keine Revolution, die sich ohne vorangegangene partielle Reformen vollziehen könnte, weil es unmöglich ist, daß die Widersprüche einer Gesellschaft sich nicht zunächst auf dem Niveau partieller Strukturen äußern." (18) Der Kurzschluß läßt sich aus folgender Sentenz herleiten:

"Denn die Transformation partieller Strukturen ist der unveränderten alten sozialen Struktur nicht adäquat: sie beschleunigt den Prozeß der Infragestellung dieser Struktur." (18) Der Begriff der Adäquanz ist gegenüber einer in sich widersprüchlichen Totalität völlig unsinnig; zu fragen ist vielmehr, ob eine Reform, eine Transformation partieller Strukturen den bewahrenden oder den negierenden Tendenzen der Totalität "adäquat" ist. Mallet ist im übrigen opportunistisch genug, um trotz dieser seiner Position beizeiten von einem Reformismus in systemstabilisierendem Sinn zu sprechen.

Mallet sieht eine zweite Form von Partikularismus als mögliche Folge des syndicalisme d'entreprise, die er für ungleich gefährlicher hält: die reziproke Isolierung der alten und neuen Arbeiterklasse voneinander.
"Es ist indiskutabel, daß eine solche Form des Kampfes (Klassenkampf ist gemeint) ... nur von einer Minderheit der Arbeiterklasse getragen werden könnte. Sie riskierte, durch die relative Isolierung der einzelnen Arbeiterkategorien von ihren revolutionären Perspektiven abzukommen." (176) Hatte Mallet bisher in Konsequenz seines ökonomistischen Konzepts die syndikalistische Organisation als Ausdruck, als Überbau des von der Struktur des Produktionsprozesses determinierten proletarischen Kampfes aufgefaßt und dargelegt, daß die Überwindung des gewerkschaftlichen Reformismus in Nachfolge des entbürokratisierten, radikalisierten syndicalisme d'entreprise sich vollziehen würde (neue Einleitung, 42), so sieht er in dieser Situation keinen anderen Weg, diese Gefahr des Partikularismus zu bannen, als an eben jenen schwerfällig nachhinkenden Überbau den indirekten Appell zu richten, aktiv als revolutionäre Avantgarde zu fungieren:
"Aber anstatt sich ganz und gar darauf vorzubereiten, alle theoretischen, politischen, finanziellen und kulturellen Mittel, über die sie verfügt, ins Werk zu setzen, um die leitenden Kader dieses Kampfes auszubilden ..., riskiert die Arbeiterbewegung sich nur noch auf die zurückgebliebenste Fraktion der Arbeiterklasse stützen zu können." (176)

Hilfestellungen, die die Geschichte ihm liefert, dem Dilemma zu entkommen, greift er gerne auf. Anstatt anhand der Erfahrungen der Mai-Revolte seinen kruden Determinismus des proletarischen Kampfes

aus den Produktionsbedingungen neu zu problematisieren, verwendet er sie zur Bagatellisierung seines Partikularismus-Problems, ohne die Möglichkeit zu beachten, daß es ein Scheinproblem sein könnte.

In der neuen Einleitung von 1969 erwähnt er den syndicklisme d'entreprise mit keinem Wort mehr, spricht von der "neuen Arbeiterklasse" immer als ganzer, als geschlossen und solidarisch handelnder, die von keiner Betriebsborniertheit bedroht ist; andererseits nimmt er keinerlei Modifikation an seinem alten Text vor. Und die Tatsache, daß zwischen der alten und neuen Arbeiterklasse bezüglich der Radikalität und Progressivität kein Unterschied zu erkennen war, führt Mallet auf den "Einfluß" der neuen Arbeiterklassen auf die alte zurück, die offensichtlich dadurch plötzlich alle ökonomischen Determiniertheiten überwinden konnte (neue Einleitung, 44). Auch dieser These folgt keinerlei Begründung.

Karl-Heinz Breuer

Anmerkungen

(1) Mallet spricht unspezifisch von "der" Organisation der Arbeiterbewegung; dem Kontext nach ist die gewerkschaftliche Organisation gemeint; auf das Verhältnis politischer und gewerkschaftlicher Organisation geht er hier nicht ein.

(2) Mallet hat übrigens seinen eigenen großzügigen Begriff von Klassenbewußtsein, so daß es sich von trade-unionistischem Bewußtsein nicht zu unterscheiden braucht: Klassenbewußtsein ist "das Gefühl des permanenten Interessenkonflikts zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter" (17o f.); es ist die Vorstufe des "revolutionären Bewußtseins", als der Einsicht, das "Produktionssystem in seinem juristischen Konzept selbst zu ändern." (174)

aus: Sozialistische Correspondenz 3o

HOCHSCHUL-PROGRAMM DER DKP

1.

Als "einigende Kraft aller Volksschichten" (1) oder wie es in der blumigen Sprache der 1848er Revolution heißt, "der demokratischen Volkskräfte" (2), hat die DKP nicht wenig Programme zu verfassen: die "friedliebenden christlichen Werktätigen" (3) müssen ebenso gewonnen werden wie "Mittelstand, kleine und mittlere Unternehmer" (4), da gilt der Kampf um jeden "Neben- und Zuerwerbsbauern" (5), da will man keine der "vorwärtsdrängenden Kärfte der jungen Generation" (6) verkommen lassen. Was Wunder, daß die solchermaßen geforderte Partei auch die Universitäten programmatisch bedenkt. - Allerdings wird der Zeitgenosse einem Hochschulprogramm der DKP besondere Aufmerksamkeit zukommen lassen.

Die Bewegung an den Universitäten hat die BRD in ihre erste politische Krise gestürzt. Die Massenaktionen der Studenten haben diesem System die liberale Larve von der Visage gerissen, dahinter die Gewalt - imperialistischen Terror, Ausbeutung, Manipulation - zum Sprechen gebracht. Nachdem das Kapital sich von seiner ersten Überraschung erholt hat, versucht es mit einer moderneren Variante der Unterdrückung, mit einem technokratischen Pazifizierungsprogramm, die Verhältnisse wieder zum Schweigen zu bringen. Wie wird sich die DKP gegenüber diesem Konzept definieren, das einmal aufgestellte Parolen der Studentenbewegung, von der Forderung nach Öffentlichkeit bis zur Dirttelparität, übernimmt und sie im Bündnis mit RCDS, DSU und ADS auch durchsetzen will? Wie, so interessiert sich der Zeitgenosse weiter, grenzt sich der Erbe von Marx, Engels, Thälmann, Liebknecht, Luxemburg und Lenin (7) ab von den Elementen, die die Protestbewegung theoretisch und praktisch getragen und

ihren antirevisionistischen Charakter bestimmend geprägt haben: von den vor allem im SDS organisierten sozialistischen Studenten? Die Frage ist besonders delikat, weil der dominierende Einfluß des SDS ein Geburtshelfer der DKP war. Konstatierte doch schon im Januar 1968 der Genosse Horst auf der 11. Tagung des ZK der illejalen KP:

> "Es ist z.T. so, daß sich 'linke' Kräfte, vor allem unter den Studenten, einbilden, sie wären die Avantgarde der Revolution, daß sie glauben, die KPD hätte die Revolution und den Sozialismus abgeschrieben."

Die Entwicklung einer "klaren Ausgangsposition" (8) und bald auch ihr Erscheinen auf dem Kampfplatz, um "ihrer führenden Rolle gerecht zu werden", derart, "daß sie die Arbeiterklasse und die Jugend zu Kampfaktionen mobilisiert" (9), war die Folge dieser bemerkenswert realistischen Einsicht.

2.

Das Hochschulprogramm der DKP gliedert sich entsprechend der Grundsatzerklärung der Partei in eine Präambel, eine Schilderung der Situation und die Vorschläge "zu einer demokratischen Alternative" (S.16). Wie in der Grundsatzerklärung soll der erste Teil als Maximal-, der Rest als Minimalprogramm verstanden werden.

Die DKP spielt im Unterschied zu den bürgerlichen Parteien mit offenen Karten. Teil 1 definiert als erste Etappe auf dem Weg zum Gipfel radikal und unverhohlen die "demokratische Erneuerung von Staat und Gesellschaft" (S.1ß) (Es sei dem Leser nicht verschweigen, daß sich die weiter aufwärts führenden Windungen dieses Weges im Nebel solcher Massive wie "friedliche Zukunft" und "politischer und gesellschaftlicher Fortschritt" verlieren. S. 16) Teil 2 bleibt da mehr auf dem Teppich: "die Mieten müssen billig sein" (S. 18). Das ist einleuchtend wie der Satz des Pythagoras. Oder: "Die Qualität des Essens ist erheblich zu verbessern" (S. 18) Das muß der DKP alle Esser zuführen, wie neidlos zugestanden wird.

"Tagesforderungen" werden die Kommilitonen von der DKP diese Art materieller Interessenartikulation nennen und schwören, sie würden - was sozialdemokratischen Opportunismus von revolutionärer Politik unterscheidet - mit dem sozialistischen Endziel verbunden. So muß also, da die DKP Mägen und Mietopfer zunächst auf ihrer Seite hat, das Endziel und die Art der Verbindung, d.h. die aus der Analyse der gesellschaftlichen Kräfte (oder wie wir sagen würden: Klassen) resultierende Bündnispolitik untersucht werden. Die Haltung zu sozialistischen Studenten und SPD-Reformisten wurde als Indikator für den Inhalt der DKP-Hochschulpolitik schon genannt.

3.

"Die Notlage der Hochschulen und Universitäten", so wird der Mittelteil des Hochschul-Triptychons eingeleitet. Im Mittelpunkt steht ein Student, der "unzureichend und falsch ausgebildet wird" (S. 6), jeder zweite ohne wissenschaftliche Betreuung, scheitert an Arbeitsbedingungen, die"kein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter kampflos hinnehmen würde" - Stipendien "unter den Sätzen der Sozialfürsorge" - "keine Kinderkrippen" - Studenten, die sich nebenbei Geld verdienen müssen, sind "körperlich und vor allem nervlich überbelastet" (S. 7). Soweit so gut. Aber dieser Student dans la misère wird, wie einst das verelendete Proletariat von Marx als ein Subjekt gezeichnet, das an sich die Wundmale der ganzen Gesellschaft und die Zeichen ihrer Errettung trägt. "Ihr Problem, unser Problem" (S.9). Zum Beweis werden die Stigmata der sonst noch Betroffenen angeführt: "Die Arbeiter, deren Kinder von höherer Bildung und wissenschaftlicher Qualifikation ausgeschlossen sind", die "Masse der Bevölkerung, die absichtlich in Unmündigkeit gehalten wird" (S.6).

Was die Studenten vor diesen Bündnern auszeichnet, ist allerdings nicht nur das die "junge Generation" auszeichnende dynamisch Drangvolle, Slogans, die man sich bei bürgerlichen Werbebüros besorgt hat (die Selbstdarstellung der neukonstituierten DKP auf den ersten Plakaten: jung, konsequent, betriebsnah!) Zu dem biologischen Prae kommt hinzu, daß durch sie als Wissenschaftler, Techniker, die morgen "an den Schalthebeln der Produktion" stehen (S. 11), die Zukunft des ganzen Volkes entschieden wird. Daher fordert die DKP in ihrem Programm die Übermittlung einer modernen, humanistischen und naturwissenschaftlichen Bildung entsprechend den Anforderungen der Zukunft" (S.1o), wendet sie sich in ihrem Hochschulprogramm gegen die "völlig ver-

alteten Berufsbilder" (S. 8) und fragt besorgt: "Wie soll die Zukunft aussehen, wenn im Ergebnis der Regierungspolitik an Schulen und Hochschulen nicht einmal die Mindestvoraussetzungen für wissenschaftliches Lernen und Arbeiten gegeben sind?" (S. 7). Es ist klar, daß diese Zukunft eine kapitalistische ist. Nicht anders hat der Bildungsprediger Georg Picht durch die Lande fahrend die in Völlerei und Rausch befangene Bourgeoisie aufgerüttelt, Friedrich Edding Zahlenkolonne um Zahlenkolonne zum Scheiterhaufen geschichtet! Die BRD an 43. Stelle, nach Bildungsaufwendungen, Hochschulabsolventen pro Jahrgang hinter Äthiopien, wie ein Menetekel erschien das am Horizont. Nun die DKP. Es ist dies nicht verwunderlich für den, der sie längst dort eingeordnet hat, wo sie hingehört, zu einer Variante der Sozialdemokratie. Die Reformisten der zwanziger Jahre entwickelten auch auf der Grundlage der wachsenden Vertrustung, der zunehmenden Einflußnahme des Staates auf die Ökonomie ihr Modell der Wirtschaftsdemokratie:

> "Die Demokratisierung bedeutet die Beseitigung jeder Herrschaft und die Umwandlung der leitenden Organe der Wirtschaft aus Organen der kapitalistischen Interessen in solche der Allgemeinheit."(11)

Bernd Rabehl bemerkt zur Position dieser Reformisten richtig:

> "Sie bringen in die bürgerliche Soziologie die historische Ableitung ein, daß durch die Akkumulation, durch die technische Umwälzung der autoritäre Staat gezwungen ist, rational zu werden, sich von den Klasseneinflüssen zu lösen." (12)

Spätestens 1930 sahen die Ideologen der SPD, daß dieser Weg eines friedlichen Hineinwachsens in den Sozialismus, der Gedanke, den Kapitalismus zu "biegen", bevor er "gebrochen" würde (13), illusionär war (14).

Die DKP hat es noch immer nicht begriffen; bei einer Partei von dem Alter (wir nannten die Ahnenreihe oben) ist anzunehmen, daß sie es nie mehr begreift. Für sie birgt der staatsmonopolistische Kapitalismus dieselben "rationalen" Momente wie einst der organisierte der Weimarer Republik. Im KPD-Programmentwruf von 1968 heißt es:

> "Die gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte, der Wissenschaft und Technik, der hohe Grad der Vergesellschaftung der Produktion, die Notwendigkeit staatlicher Regulierungs- und Planungsmaßnahmen, der öffentlichen Finanzierung großer Investitions- und Entwicklungsvorhaben beweisen, daß alles zur Überführung der Produktionsmittel in Volkseigentum, zur gesamtgesellschaftlichen Planung und Leitung der Produktionsprozesse drängt." (14)

Die praktische Folge dieser Einschätzung ist die: "Gewalt ist nicht unsere Methode" stand auf einem Flugblatt der DKP gegen den SDS während der Straßenbahnblockade in Hannover (15). In der Hamburger "Zeit" dozierte Spitzenfunktionär Kapluck: "Die Zeit arbeitet für uns ... Wir haben die Gewalt nicht mehr nötig." (16)

Es wird jetzt verständlich, warum die DKP auf eine kapitalistische Zukunft setzt. Wenn sie lamentiert, daß "gemessen an den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution die Bundesrepublik zum unterentwickelten Land degradiert" wurde (S. 12), weiß sie das Mittel: die immanenten Gesetzmäßigkeiten der "wissenschaftlich-technischen Revolution", die durch den Fortschritt der sozialistischen Staaten verstärkt werden". (S. 12). Man kann sich dem Feuer der Programmpräambel nicht entziehen; das auf diesen Verstärker hinweist:

> "Die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten siegten auf einem Drittel der Erde und bauen eine neue Gesellschaftsordnung auf. Die sozialistische Völkergemeinschaft (gemeint ist die russischer Provenienz - die Verfasser), die internationale Arbeiterklasse, die Kräfte, die gegen den Imperialismus kämpfen, prägen unser Jahrhundert." (17)

Die Asche, die übrigbleibt, ist verdammt kalt. Sie ist im folgenden Aussagesatz des DKP-Hochschulprogramms auf ein winziges Häuflein gekehrt:

> "Sie (gemeint: die reaktionären Spitzenkräfte der BRD - die Verfasser) müssen in der technischen Entwicklung mit dem Fortschritt der sozialistischen Staaten und mit den anderen kapitalistischen Ländern konkurrieren." (S.12).

Dort in den anderen kapitalistischen Staaten der freien Welt hat sich die Göttin kapitalistischer Vernunft bereits durchgesetzt, sie sind den sozialistischen Staaten komparabel geworden. Das Komplott USA-UdSSR ist legitimiert. Überall ist Helsinki.

4.

Die Position des friedlichen Arrangements mit dem Kapitalismus entfaltet sich im Mikrokosmos Universität konkret in der Weise: Die für die "Notlage" der Hochschulen und Universitäten angegebenen Gründe sind zu suchen in der "Verantwortungslosigkeit und Unfähigkeit" der Herrschenden. (S. 6) Die da oben - eine Formulierung, die immer wieder auftaucht - haben die Forschungslücke verschuldet (S. 12). Alles insgesamt "falsch programmiert" (S. 1o), eine "2ojährige Fehlentwicklung" (S. 6). Die Entwicklung materialistisch abzuleiten aus dem Charakter des Systems: neue Produktionsanlagen, genügendes Facharbeiterpotential (nicht zuletzt durch die DDR-Flüchtlinge), der Korea-Boom, die fehlenden eigenen Rüstungsanlagen, mit der diesen eigenen technologischen Dynamik, von diesen Realitäten, die eine Wirtschaftspolitik kurzfristiger Investitionen und rasch sich realisierender Profite für die Klasse des Kapitals nahelegte, findet sich nichts. Stattdessen: Personalisierung. Da ist die Rede von der "Herrschaft der CDU/CSU", von der Unterordnung der "SPD-Spitze", nicht vom Kapital, sondern vom "Großkapital" (S. 6), da geben die Kiesinger, Strauß, Stoltenberg "die Richtung an" (S. 12), da wird die Masse der Bevölkerung "absichtlich" in Unmündigkeit gehalten (S. 6), da "will die alte Universität (etwas) nicht ins Bewußtsein der Studenten dringen lassen" (S. 8). Ja, da findet sich die entlarvende Formulierung: "Je mehr der Kurs der Bundesregierung nach rechts geht, desto mehr kommen Notstandspolitiker und Neonazismus hoch" (S. 9), so als ob nicht umgekehrt ökonomische und politische Sicherheitsinteressen des Gesamtsystems und Bewegungen in den Massen den Kurs einer "Regierung" bestimmen würden.

Aber: Die Massen und ihre Bewegungen braucht die DKP ja für die Durchsetzung ihrer demokratischen Erneuerung. Die faschistoiden Aggressisonen, die vom größten Teil der Bevölkerung längst getätigte Verinnderlichung der Normen der Warengesellschaft dürfen daher nicht zum konstitutiven Bauelement des kapitalistischen Systems gemacht werden. Entsprechend diesem Erfo$dernis wird die "Macht der hundert Konzern- und Bankherren" (S. 21) konstruiert, wird der Marxismus schöpferisch bereichert um die Formel des "Klassenkampfes von oben" (S. 5). Dieser einsamen Zitadelle kann dann das gigantische Panorame einer nicht mehr nach Klassen gegliederten "Bevölkerung" entgegengesetzt werden.

"Die Mehrheit unseres Volkes will eine lebendige Demokratie", hat der Entwurf der Grundsatzerklärung der DKP festgestellt (18); "immer breitere Massen entwickeln dieselben Forderungen", verkündet Bernd Hartmann vor der Wahl (19). Deshalb kann das DKP-Hochschulprogramm auch dauernd für die "Bevölkerung", dann etwas proletarischer für die "arbeitende Bevölkerung" (S. 5), sich steigernd: für die "Masse der Bevölkerung" (S. 6), für: das "Volk" (S. 6), Trommelwirbel: für die "Nation" (S. 11) sprechen. Um auch den letzten Bürger, der sich gegen den Strom der Zeit stellen sollte, zu gewinnen, schreckt diese DKP auch vor dem letzten nicht zurück: sie argumentiert mit der großen verpflichtenden Tradition der deutschen Wissenschaft, wenn sie die Militarisierung "die größte Schande für die deutsche Wissenschaft" (S. 11) nennt. Sie wird direkt reaktionär, wenn sie analog zu ihrem Kampf um die unproduktiven Familienbetriebe der Kleinbauern, ihrer zur Zeit der Ruhrkrise betriebenen Kampagne gegen die "Überfremdung" des nationalen Kapitals, für die "bisherigen Befugnisse der Hochschule und Länder" (S. 13) eintritt. (Hier kann man den Kollegen von kder DKP nur empfehlen, das Studium der deutschen Revisionistenbibel "Imperialismus heute" zu intensivieren. Dort wird der Begriff der Vergesellschaftung als eine Erscheinungsform der oben analysierten Rationalität klar entwickelt).

5.

Es ist einsichtig, warum der auf die Auseinandersetzung mit den marxistisch-leninistischen Studenten erpichte Zeitgenosse in diesem Kinderbuch nicht auf seine Kosten kommt. Wie eine genauere Analyse des Bewußtseins verschiedener "Fraktionen der Arbeiterklasse", dann der kleinbürgerlichen "Zwischenschichten" - Begriffe, die Lenin mit sich ins Grab genommen ha-

ben muß; jedenfalls tauchen sie in keinem DKP-Dokument auf - unterlassen wird, um Eintrübungen zu vermeiden, so dürfen auch Anarchisten und linksradikale Zündelbrüder das lichte Aquarell nicht trüben. Dies fällt umso leichter, weil sich bei ihrem Fehlen auch die Geschichte der Studentenbewegung anders schreiben läßt, als sie sich tatsächlich vollzogen hat. Man sucht vergeblich nach Hinweisen auf den Vietnam-Krieg, den Protest gegen das Schah-Regime, die Solidarisierung mit den lateinamerikanischen Guerilleros als Auslösern und organisierenden Momenten der Studentenbewegung. Statt dessen erscheinen ausgemergelte Mensagänger, Studentenehepaare bleich "gegen die katastrophalen Zustände", Pazifisten "gegen den aufgeblähten Rüstungsetat", enttäuschte Sozialdemokraten-Jugend "gegen die Politik der großen Koalition", sensible Geisteswissenschaftler "gegen den verschärften Zugriff der Staats- und Monopolmacht" auf dem Plan (S. 5). Organisch ergeben sich aus einer so gestalteten Geschichte die Tagesinteressen: Kinderkrippen (Staatlich), Schluß mit der Krkegsforschung (Offenlegung durch die Professoren, nur ja kein Diebstahl), paritätische Mitbestimmung (warum eigentlich nicht Halbparität?). Die Bewußteren fordern: Marx an die UNI! Und die Partei macht ihren abstrakten Kotau vor der "Rolle der Dritten Welt und der nationalen Befreiungsbewegungen" (S. 8). Sie entgeht der Notwendigkeit, sich mit dem Vorwurf des Revisionismus auseinandersetzen zu müssen, mit der Frage der Gewalt, der Spontaneität, der Emanzipation im Klassenkampf, Themen, die der Studentenrevolte gerade in ihren Internationalismus-Kampagnen und -aktionen zum Problem wurden.

Und noch ein anderes Thema kann bei der Art von Geschichtsschreibung kontra Geschichte unter den Tisch fallen: das konkrete Bündnis Arbeiter und Studenten, wie es sich seit den Notstandsaktionen entwickelt hat. Da schwatzt die DKP als Arbeiterpartei kden Studenten ein Hochschulprogramm als "Beitrag zur dringend notwendigen Solidarisierung" auf (S. 2) und da fällt kein Wort über die Möglichkeiten von Studenten, Betriebsarbeit zu leisten, und sei es auch nur in Form von ins Studium integrierten Betriebspraktiken. Da fällt kein Wort über die Notwendigkeit, Mensen und Studentenwohnheime auch für Lehrlinge und Jungarbeiter zu öffnen, wie es der 68er VDS forderte. Kein Wort über Themen und Aktionen, durch die sich längst konkrete Solidarität eingestellt hat. Die Partei ist zufrieden, wenn ihre Studenten die Forderung nach vermehrtem Zugang von "Arbeiter- und Bauernkindern" an die Universitäten nur gehörig oft ableiern, im übrigen die Arbeiter im Betrieb in Frieden läßt. Man weiß, warum die Partei so feinsinnig die Sparten auseinanderhält, man weiß es aus Frankreich und Italien. Wo aber dann doch in den Forderungen des Hochschulprogramms konkrete Arbeiter auftauchen, in den "demokratischen Wissenschaftsräten" (S. 19), da erscheinen sie in der institutionalisierten Gestalt von Gewerkschaftsbürokraten.

Also: um die Klärung der Fronten nach links sind wir betrogen. Und nach rechts? Da kann man stumm werden. Die DKP lebt hinter den sieben Bergen. Sonst hätte sie die Wende von der neoliberalen Handwerkelei zu Schillers konzertierter Wirtschaft mitbekommen. Sonst würde sie auf die Auswirkung dieser Politik auf die Hochschulen bezugnehmen. Nichts von allem. Die finstere Kameraderie der hundert Bank- und Konzernherren führt auch hier ihren Programmgriffel. Wo die DKP wissenschaftliche Vorausrechnung fordert - baut Leussink das Hochschulinformationssystem (HIS). Wo sie Fernstudium fordert - gibt es Hochschulfernsehen. Wo sie das Ordnungsrecht verflucht - ist es längst aus der Diskussion. Sie schäumt gegen die Kriegsforschung - der SPD-Minister von Friedeburg verhängt Disziplinarstrafen gegen Kriegsforscher. Wird ihr nicht endlich bange vor so viel Raum für Versteckspiele der herrschenden Klasse? Wo sie nur den "Leuten des Großkapitals" (S. 14) die Chance zuschreibt, Hochschulpräsident zu werden - zeigen Kreibich und Fischer-Apelt, daß es auf der Kapitalseite Fraktionen, und, man erinnere sich an den BDA-Brief, zeitweilig gegenläufige Interessen gibt. Da verkauft man noch 1969 das Gruselbild von der "Alten Universität", die ihre Opfer mit Lehrinhalten traktiert, die "nicht der Wirklichkeit und nicht der Wissenschaft verpflichtet sind" (S. 8). Da wird noch immer der Ordinarius als "feudaler Herrscher" herumgezeigt (S.9) - marginale Übergangsformen, die nur noch Historiker interessieren.

Max Reimann stellte 1968 das KP-Programm als "ein mobilisierendes, aufrüttelndes, in die Zukunft weisendes Programm" vor (2o). Die Pietät gebietet, auf diese

parodistische Entgleisung des alternden Arbeiterführers nicht einzugehen. Leider fällt uns zu dem vorliegenden Wechselbalg nur ein Kalauer ein: Sicher in die 5oer Jahre.

Zitate

(1) bis (7): Entwurf zur Grandsatzerklärung der DKP, S.19/8/22/22/21/21/2 f.
(8) Freies Volk, Nr.2, Februar 68,S.11
(9) Wissen und Tat, 1/68, S. 25
(1o) siehe (1)-(7), S. 17
(11) Wirtschaftsdemokratie, Frankfurt 1968, S.21
(12) DKP - eine neue sozialdemokratische Partei, Berlin 1969, S.97
(13) ebenda, S. 19
(14)vgl. Die Arbeit, Heft 11/November 1931
(14a) Programmentwurf, S. 12
(15) RPK, 19/69, S.8
(16) Die Zeit, Nr.8, 23.2.68
(17) siehe (1)-(7), S. 2
(18) ebendort, S. 6
(19) Zur Wahl gestellt, Hamburg 1969, S. 121 f.
(2o) siehe (9), S. 5

aus: Arbeitermacht 2, Bonn

CAHIERS DE MAI

Man kann die Entwicklung der "Cahiers de Mai" in drei Phasen einteilen:

1. Die Nummern 1 bis 7, von Juni bis Dezember 1968.
Wie die Titel der beiden Leitartikel, die diese Phase eingrenzen, bezeugen - "Was man uns vergessen machen will" (Nr.1) und "Eine Information neuer Art" (Nr.7) - handelt es sich in dieser Phase vor allem darum, die Wahrheit über die Mai-Bewegung zu sagen, sich direkt an diejenigen zu wenden, die die Bewegung getragen hatten. Aber über die Absicht hinaus, Informationen zu verbreiten, die von der Basis kontrolliert werden können, wollen die "Cahiers" den einheitlichen Charakter der Mai-Bewegung hervorheben. Im Leitartikel von Nummer 6, "Die neue Trennungslinie in den Organisationen", wird die These entwickelt, daß sämtliche Organisationen, die im Namen der Arbeiterklasse und der Revolution zu sprechen vorgeben, seit dem Mai eine neue Polarisierung kennengelernt haben: zwischen denen, die die Erfolge der Mai-Bewegung weitertreiben, und denen, die sie abwerten wollen. Die "Cahiers de Mai" wollen sich zum Sprachrohr all jener machen, die für die Überwindung der traditionellen Etikettierungen kämpfen, für die Überwindung der Cliquenkämpfe in den Parteien, Gruppen oder Gewerkschaften. Zum ersten Mal wird mit Nachdruck die Existenz unabhängiger revolutionärer Kerne in der Arbeiterklasse behauptet. Gleichzeitigk kommt die Organisationsfrage in die Diskussion: eine neue Organisation muß die ganze Kraft der Spontaneität der Massen in sich aufnehmen, ohne sie zu ersticken.

In dieser ersten Phase versuchen die "Cahiers de Mai", in der politischen Information einem neuen Stil zum Sieg zu verhelfen. Sie wollen sowohl den Intellektualismus als auch den Populismus ausschalten. Indem sich die Redaktion bemüht, die Artikel unter der Kontrolle der militanten Gruppen zu redigieren, will sie den Diskussionen der Revolutionäre jene Atmosphäre der Wahrheit zurückgeben, die sie in vielen Fällen aufgrund der Siegesgewißheit der einen, des Dogmatismus der anderen verloren haben.

2. Die Nummern 8 bis 13, von Januar bis Juli 1969

Die Entwicklung der Zeitung zeigt sich zunächst in einer Veränderung des Formats. Die Erfordernisse des militanten Verkaufs sind vielfältiger geworden und zwingen zu einem großen Format. Die klei-

nen "Cahiers" werden weitergeführt, jedoch von zunächst vier, später acht großen Seiten eingerahmt, in denen versucht wird, aus größerer Nähe in das politische Leben einzugreifen.

Auch hinsichtlich des Inhalts ist die Veränderung deutlich: "Welcher Linie folgen?" (Nr.8), "Erste Antworten" (Nr.1o), "Der sozialistischen Alternative den richtigen Ausdruck geben" (Nr.11). In den Leitartikeln und den tiefer gehenden Untersuchungen versuchen die "Cahiers de Mai", die neuen Ideen zu systematisieren, die in den Massenkämpfen seit Mai 68 aufgekommen sind. Insbesondere in der Nummer 1o zeigen sich die Keime des neuen Programms für die Kämpfe der Arbeiterklasse: die Ablehnung der Lohnhierarchie bei Renault in Mans und die Ablehnung der Arbeitsgeschwindigkeit bei Peugeot in Sochaux.

Im übrigen versuchen die "Cahiers de Mai", der Hoffnung auf ein neues Leben Ausdruck zu geben und sie im Alltag sichtbar zu machen. Zu diesem Zweck nehmen sie die Kritik des Alltagslebens in Angriff, außerhalb des Arbeitslebens selbst. Hierher gehören das Dokument über die Gesundheitsprobleme in l'Hay-les-Roses, der Artikel über den Werkschutz der Unternehmer, der Bericht über den Mieterstreik in London.

In dieser Phase versucht die Zeitung, internationalistisch zu werden, wobei sie die Informationen aus dem Ausland unter denselben Zwang stellt wie die Informationen aus Frankreich: die Kontrolle durch die Basis. So finden der Klassenkampf in England, in Deutschland und insbesondere in Italien in der Zeitung viel Raum. Die Nummer 13 ist sogar völlig den Kämpfen bei Fiat gewidmet.

Für die "Cahiers de Mai" kennzeichnet sich diese zweite Phase durch eine Ausweitung der gestellten Fragen und durch den Anfang einer Systematisierung der Ideen. Die beiden Artikel aus den Nummern 11 und 12 über die "11 Monate Krise" versuchen, die allgemeinen Merkmale der französischen Gesellschaft zu analysieren.

3. Seit Nummer 14, September 1969

Während zahlreicher Zusammenkünfte mit Militanten, die insbesondere während des Frühjahrs die Entwicklung der Zeitung begleiteten, ist die politische Funktion der "Cahiers de Mai" klarer geworden. In erster Linie handelt es sich darum, zur Stärkung der revolutionären Strömung innerhalb der Arbeiterklasse beizutragen, um die antikapitalistische Koalition neu zu beleben, die sich im Verlauf der Mai-Bewegung abgezeichnet hatte. "...Jede Woche bestätigt unsere Hypothese, daß in sehr großer Zahl Elemente der Arbeiter-Avantgarde existieren. Jede Woche bringt uns in Kontakt mit neuen Kernen von Arbeitern, die sich in allen Arten von Unternehmen gebildet haben, von einem Ende des Landes bis zum anderen, und die für die Kraft und Vielfältigkeit der revolutionären Strömung in der Arbeiterklasse Zeugnis ablegen. Ohne diese Strömung, die sie in ihren Unternehmen trägt, hätten sich diese Kerne von Arbeitern schon vor 14 Monaten aufgelöst.

Was sie jedoch andererseits bedroht, das ist das Gefühl ihrer Isolierung und ihrer Ohnmacht - ein Gefühl, auf das sich sowohl die Macht der Bourgeoisie als auch der Einfluß der traditionellen Organisationen gründen.

In der gegenwärtigen Phase ist also nichts notwendiger, als dafür zu sorgen, daß die revolutionäre Strömung ihrer Ausdehnung bewußt wird, der grundlegenden Einheitlichkeit ihres Denkens, und daß sie sich festsetzt, ohne jene Art der Vereinigung abzuwarten, die die meisten der bisher noch isolierten Elemente der Avantgarde definitiv akzeptieren würden.

Mit einem Wort: was diese avantgardistischen Elemente der Arbeiterklasse gemäß unserer Analyse und unserer militanten Erfahrung unmittelbar brauchen, und worum sie sich zu sammeln bereit wären, das ist eine Zeitung für die Arbeitermassen."

Die Zeitung schlägt den militanten Gruppen an der Basis vor, sich ihrem Vorhaben anzuschließen. Die Nummern 15 und 16 sind die ersten Ergebnisse dieser Assoziation. Die Zeitung selbst erlebt eine Veränderung. Sie umfaßt jetzt 24 große Seiten. In jeder Nummer werden sämtliche Fronten des Klassenkampfes behandelt. Die "Cahiers de Mai" beginnen zu verwirklichen, was sie in ihrer ersten Nummer angekündigt hatten.

"In Frankreich, in ganz Europa kündigt sich eine außergewöhnliche Epoche an. Heute wissen wir zum ersten Mal, daß sich eine sozialistische Revolution in einem hochindustrialisierten Land, das heißt unter den von Marx selbst erhofften Bedingungen, endlich vorbereitet. Eine Re-

volution, die das Bild des Sozialismus in der ganzen Welt verändern wird. Während jener Mai-Tage hat die revolutionäre Bereitschaft, die in der französischen Gesellschaft sichtbar geworden ist, überraschende Wirkungen völlig neuer Art hervorgebracht. Sie müssen ohne Aufschub kennengelernt, untersucht, verstanden werden. Sie bilden einen echten Schatz für die französische und internationale Arbeiterbewegung. Eine Kriegskasse für die kommenden Kämpfe.

Indem wir diese Hefte herausgeben, wollen wir beitragen zur Sammlung der verstreuten Elemente, zum Verständnis dessen, inweiweit die neuen Ideen, die zum Ausdruck kamen, die konkreten revolutionären Erfahrungen, die (wie in Nantes) erlebt wurden, und auch alles, was im Mai im ganzen Lande, in den Fabriken, Universitäten, Schulen, den besetzten Büros und Bahnhöfen erreicht wurde, inwieweit all das die Zukunft vorwegnimmt und neue Wege anzeigt. Wir rufen alle auf, daran mitzuarbeiten."

Im selben Maß, in dem sich die Zeitung entwickelt hat, haben sich auch die Beziehungen der "Cahiers de Mai" zu den Militanten verändert. Von Anfang an gab es Sympathisanten, die abonnierten oder sogar zu ständigen Verteilern der Zeitung wurden. Gleichermaßen standen wir in Kontakt mit militanten Gruppen, mit denen wusammen wir Untersuchungen durchführten.

In der Folgezeit sind die "Cahiers de Mai" in die Lage gekommen, den Militanten konkret helfen zu können, und dies auf jeweils verschiedene Weise:

- Isolierte Militante der Pariser Region haben sich neu zusammengeschlossen, als erste Basis dessen, was zur Zeit die "Association des Cahiers de Mai" konstituiert, die sich jedoch nicht mehr ausschließlich aus der Pariser Region rekrutiert.

- Eine militante Gruppe in einem Unternehmen entwickelt ihre Basis, indem sie mit Hilfe der "Cahiers de Mai" eine eigene Zeitung neuen Typs herausgibt, wie am Flughafen Orly.

- Mehrere Kerne der Postarbeiter gruppieren sich neu und veröffentlichen eine nationale Zeitung ("Action P.T.T.")

- Aktionskomitees, in denen sich Arbeiter und Studenten neu zusammenschließen, veröffentlichen eine regionale Beilage der "Cahiers" in Marseille und im Südosten.

- Das Aktionskomitee der Beaux-Arts von Paris schließt mit der Zeitung eine Art Vertrgg und verpflichtet sich, die monatliche Rubrük "Wohnungsfragen" zu übernehmen.

Andere Möglichkeiten werden zur Zeit vorbereitet. Für die "Cahiers de Mai" sind sie von grundlegender Bedeutung, denn sie zeigen, daß der Plan einer Zeitung für die Arbeitermassen, wie er zum ersten Mal in der Nummer 14 formuliert wurde, bei den militanten Revolutionären ein günstiges Echo findet.
aus: Courrier Militant, monatliches Diskussionsorgan der "Association des Cahiers de Mai", Paris

STREIK IN SCHWEDEN

I. ABLAUF

9.12.69: Sitzstreik von zunächst 35 Bergarbeitern in der Grube Svappavaara wegen ungerechtfertigter Lohndifferenzen. Die übrigen 35o Arbeiter der Grube schließen sich an. Forderung: Lohnangleichung an die anderen Gruben der UCAB.

1o.12.69: Die Unternehmensleitung teilt der örtlichen Gewerkschaft mit, daß sie, falls die Arbeit nicht sofort wieder aufgenommen würde, die Gruben schließen und alle 35o Mann auf der Stelle entlassen würde. Die Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer in ganz Kiruna.

11.12.69: Streik auch in der Grube Malmberget. Alle 4ooo Arbeiter der LKAB im Ausstand. Unternehmensleitung: Wir verhandeln nicht, bevor die Arbeit nicht wieder aufgenommen wird. Die Forderung,

wenigstens Notstandsarbeiten (z.B. Entwässerung der Gruben) nicht zu sabotieren, wird von den Streikenden einhellig abgelehnt.
Der Vorstand der schwedischen Bergarbeitergewerkschft trifft in Kiruna ein und fordert die Arbeiter zum Abbruch des Streiks auf. Auf einer Massenversammlung nach einer Demonstration von 4ooo Menschen bei - 4o° Grad Kälte wird ein p-köpfiges Streikkomitee gewählt (darunter kein einziger Gewerkschaftsfunktionär). Firmenleitung: Wir verhandeln nur mit den offiziellen Gewerkschaftsvertretern. 1o-Punkte-Programm der Streikenden.

12. 12. 69: Gewerkschaftsvorsitzender Nilsson spricht vor leeren Plätzen: "Effekt ist schon erreicht - so schnell wie möglich wieder an die Arbeit!" Gleichzeitig Gegenversammlung von 17oo Grubenarbeitern. Neue verschärfte Forderungen: Absetzung der Gewerkschaftsbonzen und der LKAB-Leitung, höhere Lohnforderungen, Austritt der LKAB aus dem Arbeitgeberverband. Verhandlungen des Streikkomitees mit der Gewerkschaftsführung . Diese macht alle Zugeständnisse, Anerkennung der Berechtigung des Streiks. Erklärt sich für lokale Verhandlungen in Kiruna. Später widerruft die Gewerkschaft und behauptet, das Protokoll sei gefälscht.

13.12.69: Neue Demonstration in Kiruna.

14.12.69: Arbeiter weigern sich, die Forderung nach Absetzung des LKAB-Vorstands zurückzuziehen. LKAB fordert Aufnahme von mindestens 3 offiziellen Gewerkschaftsvertretern ins Streikkomitee als Voraussetzung für Verhandlungen. Massenversammlung präzisiert Forderungen bezüglich Arbeitsbescheinigungen. Abschaffung des Akkords. LKAB will Verhandlungen zentralisieren.

15.12.69: Kontaktgespräch LKAB-Gewerkschaftsbund (LO) in Gegenwart mehrerer Regierungsmitglieder.
Beschluß der Bergarbeitergewerkschaft, das Streikkomitee nicht als Vertreter der Streikenden anzuerkennen.

16.12.69: Gerüchte werden ausgestreut: Bei längerer Dauer des Streiks müßten die staatlichen Eisenwerke (NJA) 27oo Mann entlassen wegen Rohstoffmangels. Die NJA-Arbeiter beschließen großen Spendenaktionen für die Streikenden.
Gewerkschaften sind bereit, einen Vertreter der Streikenden in die Verhandlungsdelegation aufzunehmen.
LKAB weigert sich, die Löhne für die letzten neun gefahrenen Schichten auszuzahlen. Solidaritätsspenden aus ganz Schweden.

17.12.69: Massenversammlung in Kiruna: einstimmiges Nein auf die Frage, ob die Streikenden die Gewerkschaften unterstützen.
Pazifizierungsangebot der LKAB an die Arbeiter der Grube Svappavaara: große Lohnerhöhungen. Frage eines Arbeiters an die einberufene Versammlung: "Genossen, wenn uns die Firmenleitung 1oo Kronen die Stunde gibt, gehen wir dann an die Arbeit?" Antwort ein einstimmiges "Nein!"

18.12.69: LO-Vorstand schaltet sich ein: Angriffe gegen LKAB, aber Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit.

21.12.69: Zum ersten Mal während des Streiks handelt die Regierung. Ein Staatssekretär wird nach Kiruna entsandt, um mit LKAB und der Gewerkschaftsspitze Kontakt aufzunehmen.
LO zieht sich aus den Verhandlungen zurück und überläßt dys weitere der Bergarbeitergewerkschaft.
Ein Resultat von weiteren Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und LKAB über die Lage in der Grube Svappavaara mit außerordentlich günstigen Zugeständnissen der Firmenleitung wird mit 141:5 Stimmen von den dortigen Arbeitern abgelehnt. Einschätzung der Gewerschaft: Offene Revolte der Arbeiter gegen die Gewerkschaftsbürokratie.

29.12.69: Treffen des Streikkomitees mit der Gewerkschaft in Kiruna. Gewerkschaft fordert Übernahme der Verhandlungsführung. Argument: die Statuten!
Die Arbeiter fordern direkte Verhandlungen der LKAB mit der Streikleitung.
Erstmals erklärt sich die LKAB zu Verhandlungen noch während des Streiks einverstanden, wenn die Verhandlungskommission "gemischt" ist.

3o.12.69: In Kiruna stimmen 35oo Arbeiter für die Fortsetzung des Streiks. Der Vorsitzende der Streikleitung bekennt sich als Kommunist; ein Mitglied der Streikleitung ist Mitglied des Kommunistischen Bundes (ML).

3.-8.1.7o: Auseinandersetzungen zwischen Gewerkschaft und Streikleitung über die Zusammensetzung der Verhandlungsdelegation.

9.1.7o: Gewerkschaft erwägt erneut eigene Verhandlungsdelegation. LKAB weigert sich erneut, vor Beendigung des Streiks zu verhandeln. 3ooo Arbeiter stimmen für

die Fortsetzung des Streiks, trotz wiederholter Appelle von Gewerkschaftsseite, die Arbeit wieder aufzunehmen, um endlich Verhandlungen aufnehmen zu können.

10.1.70: Unsicherheit und Uneinigkeit in der Streikleitung selbst. Erste Prophezeiungen über ein "Wanken der Streikfront".

13.1.70: Die Bergarbeitergewerkschaft beschließt, gegen die 5000 streikenden Mitglieder vorzugehen, eventuell mit allen rechtlichen Mitteln (Ausschluß usw.) Da gehen in Kiruna zwei Gewerkschaftsvertreter (kommunisten) zur Position der Streikleitung über und üben ausführliche Selbstkritik: "Über einen Monat lang war ich Streikbrecher; aber bald wird es nur noch eine Front geben: Arbeiter gegen das Unternehmen, nicht mehr Arbeiter gegeneinander."

17.1.70: Die Auseinandersetzungen in der Streikleitung führen zu einer vorläufigen Spaltung der Streikenden: 1500 Arbeiter wollen solange weiterstreiken, bis die LKAB mit ihren Vertretern verhandelt, während 1000 für eine "gemischte" Verhandlungsdelegation stimmen. Das letztere könnte nach den Statuten der Gewerkschaft aber zu einer Verlagerung der Verhandlungen von Kiruna nach Stockholm führen.

19.1.70: "Wilde" Streiks in mehreren Großunternehmen der Metall- und Automobilindustrie.

20.1.70: Streikwelle weitet sich in Süd- und Mittelschweden aus. Hauptsächlich begrenzte Solidaritätsstreiks. Die bürgerliche Presse spricht von ferngelenkten und koordinierten Aktionen. Die revisionistische VKP verwahrt sich gegen die Unterstellung, daß diese Aktivität von ihr ausginge.
Zum Teil (z.B. in Götebor) scheint sich die Agitation der Genossen vom schwedischen SDS (Studenter för Demokratisk Samhälle) in den Fabriken (Volvo und Hafenbetriebe) bemerkbar zu machen. Warnungen der bürgerlichen Presse vor den "Radikalen".
Einer der "starken Männer" der LO erklärt, er habe Dokumente, die beweisen, daß der KFML für den Kiruna-Streik verantwortlich sei.
Im Streikkomitee setzen sich die "Liberalen" (Verhandlungswilligen) gegenüber den "Radikalen" durch. Sie schlagen der LKAB-Leitung vor, den Arbeitern ein bis zwei Tage Urlaub zu gewähren, um damit die Position der LKAB nicht zu gefährden, die nicht verhandeln will, solange gestreikt wird. Die Grubenleitung lehnt ab.

II. ZUM STREIK

Streik in Schweden - im Mustерland des sozialdemokratischen Volkskapitalismus. Seit 1945 hat es keinen größeren Streik mehr gegeben. Und jetzt streiken die Bergarbeiter in den Erzgruben von Kiruna seit fast 7 Wochen. Ohne jegliche finanzielle Unterstützung durch die Gewerkschaftsführung.

Zur sozialdemokratischen Tradition

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Schwedens (SAP) gehört zu den konsequentesten der rein reformistischen sozialdemokratischen Parteien Europas. Ihr positives Verhältnis zum kapitalistischen Staat war von Anfang an nicht durch ideologische Bedenken marxistischer Herkunft getrübt. Schon um die Jahrhundertwende sprach der sagenumwobene "Arbeiterführer" Hjalmar Branting von dem Willen der Arbeiterklasse, "als Mitbürger in diesem Vaterland aufgenommen zu werden, dem sie sich zugehörig fühlen..."

Zwar trat ein leichter Rückschlag in der durch die russische Revolution beeinflußten Phase am Ende des ersten

Weltkrieges ein; aber das beeinträchtigte nicht die konsequente Entwicklung einer eigenen, offen klassenversöhnlerischen Ideologie des "Folhem" (Schweden als Heimat für das ganze "Volk" - also Platz sowohl für Ausbeuter wie für Ausgebeutete) während der zwanziger Jahre.

So war es nur natürlich, daß die Sozialdemokraten im Jahre 1932 in der Lage waren, ohne Bruch die Verwaltung der Interessen des Kapitals zu übernehmen. Seitdem wird das Land von Sozialdemokraten regiert. Die Schweden brauchten kein "konzertierten Aktionen" zu erfinden, man treibt eine ganz und gar "konzertierte Politik". Die praktisch rein sozialdemokratischen Gewerkschaften hatten dadurch frühzeitig Gelegenheit, ihre ideologische Position durch eine staatstragende tägliche Praxis abzustützen; ob es sich um wirtschaftliche Planungsgremien oder um arbeitsmarktpolitische Ausschüsse handelt - die Gewerkschaften sind von der örtlichen bis zur Reichsebene überall vertreten. Das Monopolkapital setzt nicht nur seine Politik durch, es läßt sich die Dekrete auch noch gewissenhaft von den Gewerkschaftsbürokraten gegenzeichenen.

Zur kommunistischen Tradition

Noch vor der Oktoberrevolution bildete sich aus den linken Randgruppen der während des Krieges stark nach rechts gerutschten Sozialdemokratie eine "Sozialdemokratische Linkspartei", die sich nach einigen Umgründungen der Kommunistischen Internationale anschloß. Ideologisch war die Partei das Gegenteil einer straff ausgerichteten Kaderpartei leninistischen Typs. Die Skala reichte von Marxisten über Pazifisten bis zu anarchistisch inspirierten Gruppen. Der Prozeß der ideologischen Festigung war gleichzeitig ein Prozeß von ständigen Parteiaustritten und Ausschlüssen. Erst in den dreißiger Jahren krat eine Verstärkung des Einflusses ein, der besonders nach dem Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion zunahm, obgleich die Partei - z,T. auf deutschen Druck - schärfsten Verfolgungen ausgesetzt war.

Der starke Stimmenzuwachs erweckte in der SKP übertriebenen Optimismus in bezug auf eine Einheitsfront mit den Sozialdemokraten. In diesem Sinne wurde die Politik ausgesprochen opportunistisch: z.B. 1943 Aufforderung an die Gewerkschaften, sich in der Kriegssituation mit Lohnforderungen zurückzuhalten! Die Aufgabe des marxistisch-leninistischen Standpunkts und der sich verstärkende Glaube an einen friedlichen Übergang zum Sozialismus führten zur fortschreitenden "Entideologisierung" der Partei. Die Stellung zur SAP wird durch den Grundsatz bestimmt, daß man sie nicht direkt bekämpfen darf, sondern ihr gewissermaßen "auf den rechten Weg helfen" müsse, denn sie sei schließlich trotz aller Abweichungen eine Arbeiterpartei. Um diesen ideologischen Wandel auch nach außen zur Geltung zu bringen, nach die Partei den Namen "Linkspartei-Kommunisten" (VKP) an. (Konsequenterweise verlor die Partei bei den letzten Reichstagswahlen fast die Hälfte ihrer Stimmen, während die Sozialdemokraten gewannen).

Die Lage in Norbotten

Die oben skizzierten sozialdemokratische Praxis, verbunden mit einer konsistenten Ideologie, hat sich unter grünstigen ökonomischen Umständen (z B. keine direkten Kriegseinwirkungen) als fähig erwiesen, den Klassenkampf weitgehend aus dem Bewußtsein der großen Mehrheit der schwedischen Arbeiter zu verdrängen. Aber durch Verdrängung lassen sich nicht die Tatsache der Ausbeutung, noch ihre unmittelbaren Folgen aus der Welt schaffen. Die Zustände am eigenen Arbeitsplatz, mit denen der Arbeiter Tag für Tag konfrontiert ist, können nicht verschleiert werden. Sie können allenfalls, je nachdem als technische oder menschliche Unvollkommenheiten verharmlost werden. Aber die genaue Kenntnis dieser Zustände aus der Erfahrung vieler Arbeitsjahre bedeutet eine latente Unzufriedenheit, und es bedarf manchmal nur eines Funkens, um eine Steppe in Brand zu setzen.

Wie erklärt sich die Tatsache, daß der erste große Streik seit 1945 gerade in Norrland ausgefochten wird? Die für die politische Diskussion in Schweden typischen Begriffe der sozialen Sicherheit und des hohen Lohnniveaus haben in Norrland nur begrenzte Gültigkeit. Zwar werden im Verhältnis zu Südschweden in der Regel keine geringeren Löhne gezahlt, die Arbeitsbedingungen sind jedoch wesentlich härter. Eine hemmungslose Ausbeutungspolitik im Interesse billiger Rohstoffe für die schwedische Wirtschaft

hat - wie in dem Artikel von Staffan Jonsson ausgeführt wird - zu einer riesigen Reservearmee von 11 ooo Arbeitslosen allein in der Provinz Norbotten geführt. Die Unternehmungen haben eine große Auswahl unter denen, die ihre Arbeitskraft zu verkaufen suchen. Die Arbeiter sind gezwungen, sich den ungünstigsten Arbeitsbedingungen zu unterwerfen.

Die staatlichen Betriebe, die Bergbaugesellschaft LKAB und die Norrbotnischen Eisenwerke (NJA) gehören zu den Betrieben mit den schlechtesten Arbeitsbedingungen.

Bei der NJA wird jeder Bewerber einem Test unterworfen, der von einer gemeinsamen Kommission des Arbeitgeberverbandes (SAF) und dem Gewerkschaftsbund (LO) ausgearbeitet worden ist. Besonders getestet wird die Fähigkeit zur Ein- bzw. Unterordnung. Die Staatsbetriebe sind die parteipolitischen Schoßkinder der schwedischen Sozialdemokratie, was bedeutet, daß keine Unzufriedenheit nach außen dringen darf. Man hat daher keinen Bedarf an radikalen und irgendwie politisch unzuverlässigen Arbeitern. Entlassungen aus politischen Motiven sind seit Jahren an der Tagesordnung, und dieses Disziplinierungsinstrument dürfte für die äußere Ruhe auch in diesen Betrieben und in diesem Teil Schwedens mitverantwortlich sein. Bei Reichstags- und Gemeindewahlen ist Norrbotten neben den wenigen Metropolen in Südschweden der einzige Bezirk, in dem die KP auch in ihren schlechtesten Zeiten noch ansehnliche Prozentsätze der Stimmen erhielt.

Während des Streiks sind vor allem folgende Punkte angegriffen worden:

1. Die militärische Disziplin, die durch die sogenannten "31 Thesen" der LKAB-Leitung eingeführt wurde. Zitate daraus:

These 13: "Jegliche Veränderung in den Tätigkeitsmerkmalen eines Beschäftigten und in seiner Plazierung innerhalb der Organisationsstruktur muß von ihm als im Interesse des Unternehmens erfolgend akzeptiert werden."

These 2o: "Ein Vorgesetzter hat, um seinen eigenen Vorgesetzten zu unterstützen, gegebenenfalls seinen Standpunkt zu wechseln."

These 29: "Ein Vorgesetzter hat seine Führung so zu gestalten, daß Untergebene nur fertigen Anweiisungen zu folgen brauchen,"

2. Die Produktion wurde durch unmenschlich erhöhtes Arbeitstempo, neue und arbeitskräftesparende, dafür aber Lärm, Vibration und Abgase erzeugende Maschinen derart erhöht, daß die LKAB in den 1o Jahren von 1957/58 bis 1967/68 ihren Ausstoß von weniger als 2ooo t pro Arbeiter auf 4ooo t pro Arbeiter erhöhen konnte. Die Geschwindigkeit der dieselgetriebenen LKWs in der Grube wurde z.B. von 3o auf 5o km/Std. erhöht. Während der 1o Jahre wurde die Belegschaft um 18oom Mann verringert.

3. Das komplizierte Akkordsystem UMS, das unter anderem die Regelung enthält, daß jeder Akkord neu festgelegt wird, wenn sich nach der Ausrechnung ergibt, daß der effektive Stundenverdienst ein vorgegebenes Maß überschreitet.

4. Die Lohnverhandlungen werden in Stockholm zentral geführt, damit "keine Unruhe in die Betriebe getragen wird", d. h. damit die LO-Führung die Arbeiter unbeobachtet hintergehen kann. In der Lohnrunde des Jahres 1969 wurden neue Ecklöhne ausgehandelt, die im Zusammenhang mit neuen Arbeitsplatzbewertungen für die Bergarbeiter teilweise eine faktische Senkung des Stundenlohns um 4o Öre (3o Pfennig) brachten.

Die Haltung der sozialdemokratischen Regierung zum Streik

Die Haltung der Regierung erklärt sich nicht nur einfach aus der Tatsache, daß die LKAB ein Staatsunternehmen mit sozialdemokratischen Direktoren ist. Was womöglich schwerer wiegt, ist der Druck des Monopolkapitals auf die Regierung, weil man im Falle eines für die Arbeiter positiven Ausgangs des Streiks eine Ausbreitung auf andere Industrien und andere Landesteile befürchtet.

Innerhalb der Regierung gibt es über die Taktik, mit der man für eine Niederlage der Arbeiter arbeitet, zwei verschiedene Ansichten. Die Gruppe um Minister Sträng, taktisch etwas unbeholfen, wollte von Anfang an hart gegen die Streikenden durchgreifen, setzte sich parteiintern für Zwangsschlichtungen und andere staatliche Machtmittel sowie Disziplinierungsmaßnahmen der Gewerkschaften aufgrund ihrer Statuten ein. Zu dieser Gruppe gehört auch der LKAB-Chef Arno S. Lindberg. Dagegen ist die Gruppe um Ministerpräsident Palme wesentlich wendiger und taktisch klüger. Um dem

Ansehen der Partei unter den Arbeitern nicht allzusehr zu schaden, erklärt die Regierung ihre völlige Unparteilichkeit in diesem Arbeitsmarktkonflikt und beteuert scheinheilig, daß sie nicht eingreifen will, um nicht Staatseingriffe allgemein zu präjudizieren. In Wirklichkeit steht dahinter die Spekulation darauf, daß man die Arbeiter durch "Aushungern" weich kriegt. Die in Westdeutschland, Belgien und England liegenden Vorräte reichen noch einige Zeit. Die finanziellen Ressourcen der Streikenden könnten aber schon sehr schnell erschöpft sein, und man rechnet mit einer baldigen Kapitulation.

Die Haltung der Linkspartei "Kommunisten"

Die Haltung der Revisionisten war von Anfang an zwiespältig. Obgleich es nicht schwer gewesen sein dürfte, sich an Ort und Stelle von der Notwendigkeit und Richtigkeit des Streiks zu überzeugen, sah die Partei ihre Linie der "guten Zusammenarbeit" mit den Sozialdemokraten innerhalb der Gewerkschaften gefährdet und drückte sich lange Zeit erfolgreich um klare Stellungnahmen herum. In der Praxis betrieb sie - insbesondere durch ihre Presse (in Norland gibt es eine eigene Parteizeitung: Norrskensflamme) - eine gewerkschaftliche Abwiegelungspolitik. Obgleich die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den Streikenden und den lokalen Gewerkschactsbürokratie für jeden offenkundig waren, hat die Parteipresse immerfort von der Einheit von Gewerkschaft und Streikenden geschrieben. Die beiden VKP-Vertreter in der Bergarbeitergewerkschaft haben über einen Monat lang ohne Abweichungen die offizielle Gewerkschaftslinie vertreten. Ivar Hermansson, Vorstandsmitglied der VPK und Vorsitzender der Abteilung 4 der Bergarbeitergewerkschaft, stellte sich fast ganz auf den Standpunkt der LKAB-Leitung, vergoß Tränen über das durch Grundwasser gefährdete Eigentum der LKAB und forderte die Arbeiter auf, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Auf der anderen Seite versicherte die "Norrskensflamman" den Streikenden ihre "volle Unterstützung".

Schließlich wurde der Druck der Streikenden so stark, daß Hermansson gezwungen wurde, zu den Streikenden überzugehen und öffentliche Selbstkritik zu üben.

Wieweit hier Einsicht und wieweit Opportunismus vorliegt, bleibt offen.

Vorläufige Einschätzung der Arbeit der Genossen der KFML

Die Genossen des Kommunistischen Bundes (ML) waren die einzigen, die als Gruppe von Anfang an den Streik richtig eingeschätzt haben. Schon während der zentralen Tarifverhandlungen, verstärkt aber nach dem Abschluß der Verhandlungen, haben sie die LO-Führung anhand der Resultate konsequent als funktionierendes Instrument des schwedischen Monopolkapitals entlarvt. Daraus wurde im Herbst 69 durch Flugblattagitation usw. eine Kampagne gegen zentrale Verhandlungen entwickelt.

Der Ausbruch des Streiks selbst war spontan, die Ausweitung auf die großen Betriebe in Kiruna und Malmberget war eine Solidaritätsaktion der dortigen Arbeiter, die aufgrund der offen repressiven Praktiken der LKAB begriffen, daß sie alle genauso betroffen waren wie die 350 der Grube Svappavaara. In mehreren Flugblättern, die eindeutige und z.T. ausführliche Einschätzungen der politischen Hintergründe und der Bedeutung des Streiks aufgrund präziser Klassenanalysen enthielten, betrieben sie von Anfang an eine klare Politisierung des Streiks und wiesen nach, daß die von vielen Arbeitern spontan an die Gewerkschaftsbonzen gestellte Frage: "Auf wessen Seite steht ihr eigentlich?" genau die Frage war, auf die es ankam. S Sie wiesen den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie nach und entlarvten die revisionistischen VPK-Leute als opportunistische Handlanger der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik. Damit trugen sie eindeutig zu der sich in den letzten Wochen abzeichnenden Polarisierung bei, die die Beantwortung der Frage, ob für oder gegen die Interessen der Arbeiter, so klar machte, daß den VPK-Gewerkschaften nichts übrigblieb, als sich öffentlich von ihrer mehr als einen Monat betriebenen Praxis zu distanzieren und sich selbst als Streikbrecher zu bekennen.

Die Genossen des KFML haben entscheidend dazu beigetragen, daß die Erkenntnis wieder an Boden gewinnt, daß sich auch im staatsmonopolitischen Kapitalismus und selbst in einem "so fortschrittlichen"

Land wie Schweden der Klassenkampf noch immer an erster Stelle im Bereich der materiellen Produktion abspielt. Damit haben sie einen Beitrag geleistet im notwendigen ideologischen Kampf gegen all jene, die den Aufschwung der Studentenbewegung und der antiimpierliastischen Bewegung in den letzten Jahren als die neue Qualität und das einzig Relevante im revolutionären Kampf ansehen und die Arbeiterklasse bereits abgeschrieben haben.

I n t e r n a t i o n a l e

S o l i d a r i t ä t !

Ende Dezember wurden die Forderungen der Bergarbeiter nach einer Meinungsumfrage von fast 8o % der schwedischen Erwachsenenbevölkerung unterstützt, 64 % finden die Form des Streiks richtig. Inzwischen gehen die Solidaritätsversammlungen und Demonstrationen in die Hunderte. Mehrere Millionen Kronen sind für die Streikenden gesammelt worden. Wie erklärt sich diese einzigartige Unterstützung? Sie zeigt, daß die Verhältnisse grundsätzlich die gleichen sind in der gesamten Industrie. Die schwedischen Arbeiter erkennen, daß der Kampf der Bergarbeiter ihr Kampf ist. Indem sie den Kampf aufgenommen haben gegen die immer rücksichtslosere kapitalistische Ausbeutung, indem sie führ ihre berechtigten Forderungen geschlossen aufgetreten sind, indem sie die Gewerkschaftsbürokratie einfach zur Seite gedrängt haben, weisen die Bergarbeiter der LKAB der ganzen schwedischen Arbeiterklasse den Weg. Ein Sieg der streikenden Arbeiter wird den Weg ebnen für den Sieg der schwedischen Arbeiterklasse.

Die schwedischen Genossen politisieren die im ganzen Land sich ausbreitende Solidaritätskampagne. Nur eine solche kann sowohl die Pläne der Sträng-Gruppe wie der Palme-Gruppe in der Regierung und der LO-Spitze durchkreuzen, die Streikenden einzuschüchtern oder "auszuhungern". Um den Streikenden die notwendige Unterstützung geben zu können, benötigt die Streikleitung täglich 125 ooo Kronen!

Demonstrieren wir internationale Solidarität! Das Konto der Sozialistischen Hilfe steht ab sofort für die Kiruna-Spende zur Verfügung. Postscheckkonto Ffm 366 o3, Kennwort: "Kiruna".

Holger Heide

aus: Sozialistische Correspondenz 3o

III. HINTERGRUND-MATERIAL

Die schwedische Provinz Norbotten, der nördliche Teil schwedisch-Lapplands, hat eine Einwohnerzahl von knapp 26o ooo Menschen auf einer Fläche von ca. 12o ooo qkm. Die Provinz besteht aus nur 14 Gemeinden, von denen die bedeutendste die Stadt Kiruna mit 3o ooo Einwohnern ist.

Die Bevölkerungszahl ist insgesamt rückläufig. Nach den Statistiken für 1968 hat sich die Gesamtbevölkerung der Provinz um 86o vermindert. Diese Zahl verschleiert große Unterschiede zwischen dem Binnenland einerseits (Gemeindegruppen Arvidsjaur, Arjeplog, Jokkmokk, Gällivare, Pjala und Kiruna sowie Överkalix, Övertornea und Haparanda im Nordostzipfel) und dem Küstenviereck Pitea, Alvsbyn, Lulea, Boden und Kalix andererseits. Die Binnenlandgemeinden weisen außer Kiruna eine starke Bevölkerungsabnahme auf. Zählt man den Rückgang der Einwohnerzahl in diesen Gemeinden zusammen, so ergibt sich in einem Jahr eine Zahl von minus 5428 Personen. Die Zunahme im "Küstenviereck" wiegt diese Zahl zum Teil wieder auf.

In einer Regionalprognose der schwedischen Regierung für Norbotten bis zum Jahre 198o (Kurzbezeichnung BD 8o) ist dargelegt, was geschieht, wenn keine Ge-

genmaßnahmen gegen die Entvölkerung getroffen werden. Man rechnet dann mit einer Verminderung der Einwohnerzahl um 65ooo Personen. Wegen einer leichten natürlichen Vermehrung (Geburtenüberschuß) bedeuet das, daß 8o ooo Menschen gewzungen sein werden, ihre Heimat zu verlassen. Zwar hat die Provinzverwaltung einen Regionalplan vorgelegt, der für 198o von einer "Rahmenzahl" von 258 5oo Einwohnern ausgeht, also nur 9oo weniger als 1965, aber der Rückgang allein im Jahre 1968 zeigt, daß hier die Wünsche der Regionalverwaltung hart mit der Realität in Widerspruch stehen. Sie stehen im übrigen auch im Widerspruch zu den Äußerungen des schwedischen Innenministers, der am 4.1o.68 in Eskilstuna meinte: "Nehmen wir Norbotten als Beispiel. Selbst wenn man die sehr ambitiöse Zielsetzung, die man dort im Regionalplan anstrebt, erreichen sollte, muß die Abwanderung aus der Provinz weitergehen, und zwar werden bis 198o 45ooo Menschen abwandern müssen."

Der Prozeß der Abwanderung steht in eindeutigem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen in Norrbotten. Die Wirtschaft der Provinz gründet sich in der Hauptsache auf Bergbau und Forstwirtschaft. Außerdem hat es für die schwedische Energieversorgung wegen seiner großen Wasserkraftwerke Bedeutung. Neben den Wirtschaftszweigen, die die Erze oder das Holz zur Grundlage haben, findet sich noch eine absterbende Kleinlandwirtschaft. Jedenfalls sind rohstoffproduzierende Industrien und die Produktion Halbfabrikaten wie Zellulose, Roheisen etc. für die Wirtschaftsstruktur dominierend. Im "Küstenviereck" haben sich in begrenztem Umfang weiterverarbeitende Industrien, z.B. Eisen und Metall verarbeitende Betriebe angesiedelt.

Der Anteil Norbottens am schwedischen Export ist hoch. Nach der Regionalprognose BD 8o werden von allen aus Schweden exportierten Gütern 12 % in Norbotten hergestellt. Einige Zahlen zum Vergleich:

Norbotten verfügt über
9o % des Erzexports
3o % der Energieproduktion aus Wasserkraft
15 % des Waldbestandes
1o-15 % der Arbeitslosigkeit ganz Schwedens
bei nur 3.5 % der schwedischen Bevölkerung.

Trotz des natürlichen Reichtums des Landes hat die Bevölkerung davon wenig Nutzen. Im Gegenteil: Norbotten ist eine der schwierigsten "Problemprovinzen". Wie kommt das?

Hemmungslose Ausbeutung

Das Problem für die arbeitenden Menschen Norbottens ist, daß sie wenig Möglichkeiten haben, die Entscheidungen zu beeinflussen, die die Verteilung der in Norbotten von privaten und Staatsbetrieben erwirtschafteten Gewinne betreffen. Die Hauptverwaltungen der meisten großen Industrien sitzen in Stockholm - fast 14oo Eisenbahnkilometer entfernt - und was die Staatsbetriebe betrifft, so ist deren Verwaltung so zentralisiert, daß regionale Interessen keine Chance haben. Der Strukturrationalisierung in der Forstwirtschaft folgten keine Maßnahmen in Richtung auf den Aufbau von Veredelungsindustrien. Trotz der hohen Profite (1o2 Mio skr + 5o Mio skr in Form von zusätzlichen Lagerreserven im Jahre 1966) hat die staatliche Bergwerksgesellschaft LKAB keinerlei Investitionen in weiterverarbeitenden Industrien unternommen. Die NJA stellt nur Rohstoffe für die Stahlindustrie her.

Als der Staat die LKAB-Gruben vom Grängesbergkonzern kaufte, betrug die Ablösungssumme 9oo Mio skr. Kamen diese Gelder in Form von Reinvestitionen der arbeitenden Bevölkerung Norbotens zugute? Nein. Stattdessen wurde dem Grängesbergkonzern gestattet, Kapital zu exportieren und in das berüchtigte LAMCO-Projekt in Liberia zu investieren. Die Ausbeutung der liberianischen Arbeiter und die niedrigen Löhne führten dazu, daß die LAMCO "erfolgreich" mit den schwedischen LKAB-Erzen auf dem Weltmarkt konkurrieren konnte und daß auch die (private) schwedische Eisen- und metallverarbeitende Industrie für LKAB- und NJA-Produkte Preissenkungen durchsetzen konnte, Damit hatte die Bürokratie wiederum die Möglichkeit, auf die Löhne in den LKAB-Gruben und bei der NJA mit dem Hinweis auf die ungünstige internationale Marktlage Druck auszuüben. Auf diese Weise wurden die staatliche Unterstützung des Grängesbergkonzerns bei seinen imperialistischen Bestrebungen und eine erhöh-

te Ausbeutung der schwedischen Arbeiter kombiniert.

Die Rationalisierung in der Zellulose-Industrie wurde nicht durch einen entsprechenden Ausbau der Papierindustrie ergänzt. Auch hier wurde stattdessen ein umfassender Kapitalexport gestattet. Eje Mossberg, Boß der SCA (Schwedische Zellulosegesellschaft), konnte vor einigen Jahren den Gewerkschaftsbürokraten der Papierarbeitergewerkschaft für ihre großzügige Unterstützung seines Rationalisierungsprojekts danken, das der SCA 65 Mio skr sparen half. Zum gleichen Zeitpunkt konnte die SCA 6o Mio skr nach Kanada exportieren, um dort ein konkurrierendes Zellulosewerk aufzubauen. Man vermeidet also, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften, die bei einem weiteren Ausbau der weiterverarbeitenden Industrie in Nordschweden entstehen würde, zu höheren Lohnforderungen führt.

In ihrer Wahlpropaganda sprachen die Sozialdemokraten (SAP) von "Sicherheit für die Arbeitnehmer", "fortgesetzter gleichmäßiger und hoher Beschäftigung" etc. Norrbotten hat von allen schwedischen Provinzen den höchsten staatlichen Anteil an den Produktionsmitteln. Unter anderem verfügt der Staat über die Domänenverwaltung, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, über mehr als 5o % der Waldfläche. Von den insgesamt etwa 6500 Beschäftigten des Bergbaus arbeiten ca. 5500 in staatlichen Betrieben (LKAB). Hier hätte die SAP zeigen können, daß Verstaatlichung Vorteile für das Land und seine Bevölkerung bringt. Mit anderen Worten: Man hätte seine Theorie beweisen können, nach der Verstaatlichungen unter kapitalistischen Verhältnissen einen Schritt in Richtung auf den Sozialismus bedeuten. Aber die Verhältnisse in den Gruben der LKAB und die Weigerung des Staates, z.B. die weiterverarbeitenden Industrien auszubauen, zeigen, daß diese Theorien nichts als Täuschungsmanöver sind.

Daß die Entwicklung in Norrbotten einen solchen Verlauf nahm, daß sie jetzt die zukünftige Existenz der Provinz überhaupt in Frage stellt, zeigt, daß der Staat nichts anderes ist als der Staat des Monopolkapitalismus. Natürlich liegt es im Interesse des Monopolkapitals, daß der Staat die Rohstoffproduktion aufrechterhält und andererseits vermeidet, mit der privaten weiterverarbeitenden Industrie zu konkurrieren. Überhaupt funktionieren die staatlichen Betriebe genauso wie die privatkapitalistischen, wenn es darum geht, die Löhne zu drücken, Rationalisierungen ohne Rücksicht auf die Lage der gefeuerten Arbeiter vorzunehmen usw.

Der Prozeß der Abwanderung ist in Wirklichkeit gar kein "Prozeß", der schicksalsbedingt und unausweichlich ist. Es ist nichts anderes als die zielbewußte Politik im Interesse des Monopolkapitals, der Versuch, den Bedarf an billiger und leichtbeweglicher (mobiler) Arbeitskraft möglichst optimal zu decken. Diese Politik ist jetzt allerdings so weit getrieben worden, daß die gesamtvolkswirtschaftlichen Interessen gefärdet worden sind. In einer Informationsschrift zum Norrbottenplan (BD-Informationen 3/68) heißt es:

"In der Zieldiskussion wurde auch großes Gewicht auf die Risiken gelegt, die die jetzige Entwicklung für eine fortgesetzte optimale Ausnutzung der wichtigsten produktiven Ressourcen der Provinz, Erz und Wald, in sich birgt... Es darf nicht zugelassen werden, daß die Entwicklung in diesen Bereichen in der Richtung und mit der Schnelligkeit vonstatten geht, wie in der Regionalprognose vorgesehen ist. Läßt man diese Entwicklung zu, so muß man nach Auffassung der Provinzialverwaltung und des Planungsrates auch die aus gesellschaftspolitischen und volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ernsten Konsequenzen akzeptieren, die eine solche Entscheidung mit sich bringt."

Jetzt erscheinen den Verantwortlichen Notstandsmaßnahmen notwendig. Das ist nicht so sehr eine Folge des Bemühens der Provinzverwaltung um die Interessen der Bevölkerung auf dem Lande, sondern erfolgt zwingend aus ökonomischen Gründen. Wenn die um sich greifende Abwanderungsbewegung nicht gebremst werden kann, wird das Wirtschaftslebens Norrbottens für allzu lange Zeit empfindlich gestört werden.

Die Provinzverwaltung befindet sich in einer Zwischenstellung. Einerseits ist die Bürokratie abhängig von der ökonomischen Existenz der Provinz (Selbsterhaltungsinteresse), andererseits bestehen enge Verflechtungen mit der zentralen Bürokratie und deren Gesetzen und Verordnungen, die jeden Versuch zur Behauptung von Regionalinteressen zu vereiteln suchen. Das letztere scheint der dominierende Teil der Funktion der PLrovinzverwaltung zu sein. Was z.B. die Agrarpolitik angeht, hat man die Bestrebungen des

Monopolkapitals zur Vernichtung der Kleinbauern bereitwillig unterstützt. Dadurch wurde die industrielle Reservearmee ständig vergrößert.

A r b e i t s m a r k t p o l i t i k

Die sogenannten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wurden nicht zur Stabilisierung der Arbeitsmarktlage im Binnenland verwandt. Im Regionalplan steht darüber (BD, S.7o):

"Ein Vergleich zwischen Binnenland und Küstenstreifen zeigt, daß als Folge der staatlichen Lokalisierungspolitik 52 % der Bauinvestitionen im Küstenstreifen vorgenommen wurden. Wenn man von den großen Erzzentren im Binnenland absieht, entfielen nur 12 % der Bauinvestitionen auf die Gemeinden im Binnenland".

Stattdessen hat man alle Anstrengungen gemacht, um die ohnehin hohe Abwanderungsrate noch zu steigern. Das Provinzarbeitsamt hat den Prozeß dadurch vorangetrieben, daß es den "freigestellten" Arbeitern die Situation so düster geschildert hat, daß ihnen eine Abwanderung nach Südschweden als einziger Ausweg erscheinen mußte. Umschulungsbeihilfen, Umzugsbeihilfen, Startbeihilfen usw. sind die Anreißmittel, mit denen man die Arbeitslosen davon überzeugt, daß der einzige sinnvolle Ausweg für sie der sei, ihre Sachen zu packen und den nächsten Zug in den Süden zu nehmen.

Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen Norrbottens und die Unbekümmertheit gegenüber den Lebensinteressen der Bevölkerung legen den Vergleich mit der Ausbeutung der unterdrückten Völker nahe. Schon der schwedische Kanzler Axel Oxenstierna (um 16oo) sagte: "In Norrland haben wir in unseren Grenzen ein Indien, wenn wir nur recht verstehen, es zu gebrauchen." Und die Hochfinanz hat es verstanden, Norrbotten zu"gebrauchen". Die in Norrbotten erwirtschafteten Kapitalprofite hätten zur Entwicklung einer vielseitigen Wirtschaftsstruktur verwendet werden können. Stattdessen hat man blind auf "betriebswirtschaftliche Kategorien" gestarrt, ein kurzsichtiges Profitdenken, das jetzt die Wirtschaft Norrbottens bedroht. Um dieses Profitdenken ist im Sinne des Monopolkapitals - nicht im Sinne des schwedischen Volkes. Es ist ganz klar, daß das Monopolkapital z.B. an der dort betriebenen Arbeitsmarktpolitik verdient.

Für die Arbeiter bedeutet die "Umverteilung der Arbeitskraft" doppelte Nachteile, Diejenigen, die auf dem Lande im Norden zurückbleiben, haben es nur noch schwerer, sich zu versorgen; diejenigen, die auf mehr oder weniger elegante Weise nach Südschweden deportiert werden, finden sich oft genug in einer kaum verbesserten Situation wieder. Viele müssen sich damit abfinden, über Jahre hinaus in den von der Arbeitsmarktbehörde zur Verfügung gestellten Baracken zu wohnen und ihre Frauen und Kinder in Norrbotten zurücklassen zu müssen, weil keine Wohnungen vorhanden sind. Viele werden in Südschweden nach kurzer Zeit erneut arbeitslos. Aber das Monopolkapital benötigt einen Überschuß an Arbeitskraft, um die Löhne zu drücken. "Wir müssen die Arbeitskraft dahin bringen, wo sie benötigt wird", äußerte der Arbeitsamtsdirektor in Jokkmokk. Richtiger hätte es heißen müssen: "Wir müssen die Arbeitskraft dorthin bringen, wo das Monopolkapital sie haben will".

Das Dilemma der Arbeiterklasse in Norrbotten ist, daß man mit einer Bürokratie zu tun hat, die ihren Forderungen nach Sicherheit des Arbeitsplatzes entgegenarbeitet. Die Rationalisierungshetze des Monopolkapitals (und des Staates) wird noch dadurch unterstützt, daß Schulen, Postämter usw. geschlossen werden, so daß das Leben für die Zurückbleibenden noch schwieriger wird. Das norrbottnische Dilemma wird nicht gelöst werden, bevor nicht die schwedische Arbeiterklasse eine st starke revolutionäre Partei hat, so daß sie ihre Interessen wahrnehmen und einen effektiven Kampf sowohl gegen das Monopolkapital als auch gegen die Bürokratie auf allen Ebenen führen kann. Die schwedische "Kommunistische" Parteil hat den Kamß f der Arbeiterklasse auf das Parlament beschränkt, und selbst wenn einzelne KP-Mitglieder die Forderungen der Arbeiterklasse im Reichtag vorgebracht haben, so hat das (natürlich) keinerlei Ergebnisse gebracht. Man hat sich nicht auf die Kraft der Arbeiterklasse verlassen und versäumt, das Volk in Massenaktionen zu mobilisieren.

Staffan Jonsson, Umea

aus: "Clarté" 1/69. Leicht gekürzt und übersetzt von Holger Heide.

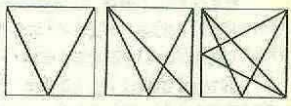
LENIN ZU GORTER:

"EIGENTLICH HABEN SIE RECHT!" (1.5.1920)

Verlag Neue Kritik KG
6000 Frankfurt am Main 1
Wilhelm-Hauff-Strasse 5
Telefon (0611) 74 86 70

Postscheckkonto
Frankfurt am Main 1507 74
Dresdner Bank
Frankfurt am Main 282 680

Archiv sozialistischer
Literatur
Probleme sozialistischer
Politik



Neuerscheinung: Archiv sozialistischer Literatur

Antonio Labriola
Zum Gedächtnis des Kommunistischen Manifestes

48 Seiten, DM 3,00 - für Genossen DM 2,50

Antonio Labriola, einer der bedeutendsten marxistischen Theoretiker der 2. Internationale, war der erste Vertreter und Interpret des wissenschaftlichen Sozialismus in Italien.
Seine Abhandlung über das Kommunistische Manifest verfasste Labriola 1895, um mit ihr auf den kommenden 50. Jahrestag der ersten Veröffentlichung dieses zentralen Dokuments in der Geschichte der Arbeiterbewegung hinzuweisen. Franz Mehring gab im Jahre 1905 die deutsche Übersetzung heraus.
Labriola verfolgte mit dieser Arbeit die Absicht, zum einen eine leicht fassliche und klare Einführung in die Gedankenwelt des Manifestes zu geben, zum anderen aber auch gegen den Positivismus und aufkommenden Revisionismus in der europäischen Arbeiterbewegung die ursprünglichen Inhalte der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels zu verteidigen, die er als "kritischen Kommunismus" beschreibt.